1091
An die Kreisgewerkschaf
Kommission
a.21
Fischer
Lastenstr. 87.

Sozialdemokrat, Prag.
Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang. Samstag, 30. September 1922. Nr. 230.

Die hinausgeworfene Opposition.

Die letzte Reichskonferenz der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei hat die Führer der Opposition in der Partei ausgeschlossen. Nicht weniger als sieben dieser Oppositionalen kamen, bei diesem Massenausschluß unter das Richtbeil. Es geht da nicht um irgendwelche nebensächliche Personen, es sind vielmehr durchwegs Mitglieder der kommunistischen Parteiexekutive, die abgesägt wurden. An ihrer Spitze steht Wenzel Sturc, der „alte Sturc", wie er früher in kommunistischen Blättern liebevoll genannt wurde, mit dem die Kommunisten bei allen festlichen Gelegenheiten paradierten, der ihren Parteikongressen vorsaß und der sogar der Vorsitzende ihrer Partei war. Da ist ferner Bohuš Jilek, dem die Partei das wichtige verantwortungsvolle Amt des Zentralsekretärs übertragen hatte, und da sind die anderen, die bisher würdig befunden wurden, in der Parteiexekutive, also im Herzen der Partei zu sitzen und an den wichtigsten und intimsten Parteiberatungen teilzunehmen. Bisher Wortführer, erste Vertrauensmänner, Redakteure, Vorsitzende und Parteiexekutivmitglieder der Partei, sind sie alle jetzt wie giftige Raupen abgeschüttelt. Und während sie bislang die höchsten Stellen in der Partei bekleideten, erfahren wir jetzt aus einem Artikel Karl Kreibichs im „Vorwärts", in dem er diesen Hinauswurf „erläutert", daß es sich um Leute handelt, deren „politische und persönliche Qualitäten für diese Aufgabe nicht hinreichten." Was die Kommunisten seit Gründung ihrer Partei, also seit fast zwei Jahren, nicht wußten, das schreit Herr Kreibich jetzt in alle Welt hinaus, daß die ausgeschlossenen Oppositionellen unwissende Tröpfe, ungeschulte, verworrene Köpfe, unfähige Dümmlinge, abgefeimte Intriganten und querulierende Ignoranten sind. Und er will in edler Selbstbescheidenheit glauben machen, daß es bei dem Kampf der Opposition gegen die von Smeral-Kreibich geführte Mehrheit in der Parteiexekutive um nichts anderes gegangen sei, als um „den uralten Krieg, den die Inferiorität gegen die geistige Ueberlegenheit führt", wobei er — um Mißverständnisse zu vermeiden — meint, daß die „Inferiorität" auf Seite der Opposition, die „geistige Ueberlegenenheit" auf seiner und Smerals Seite zu finden ist.

Das verdächtige Urteil, das Kreibich, der in der kommunistischen Partei selber einmal gegen Smeral in Opposition gestanden ist, nun gegen die von Sturc geführte Opposition fällt, läßt Neugierde darüber aufkommen, was denn diese Opposition eigentlich verbrochen und inwieweit sie sich gegen die Grundsätze der kommunistischen Partei vergangen hat. Das Erstaunen ist groß, wenn man erfährt, daß Sturc und die Seinen nicht etwa deshalb aus der Partei herausgeworfen wurden, weil sie schlechte Kommunisten waren, sondern weil sie gute Kommunisten sein wollten und auch von der Partei und den anderen Führern verlangten, daß sie den kommunistischen Grundsätzen treu bleiben und die Partei nicht auf opportunistische Abwege lenken. Das schwere Verbrechen, das den Oppositionellen zur Last gelegt wird, besteht darin, daß sie das, was ihnen jahrelang von Moskau und auch von ihren anderen Mitführern seit Jahren als lauterste Wahrheit vorgetragen wurde, wirklich ernst nahmen, daran festhielten, und auch von den anderen die gleiche Grundsatzfestigkeit verlangten. Daß diese Menschen so naiv waren, alles für bare Münze zu nehmen, und daß sie nicht wie Smeral und Kreibich, mit der Gewandtheit politischer Schlangenmenschen sich im gegebenen Zeitpunkt opportunistisch wandelten, sollte ihnen zum Verhängnis werden. Sie glaubten es, als man mit Posaunenstößen der Arbeiterschaft verkündete, daß die Weltrevolution „vor der Türe" stehe, daß die Herrschaft der Kommunisten unmittelbar bevorstünde. Sie glaubten, als man ihnen einredete, der Kommunismus brauche nicht erst zu warten, bis seine Parkei die große Masse der Arbeiterschaft hinter sich habe, vielmehr genüge eine „entschlossene Minderheit", eine „Stoßtruppe", um den „morschen kapitalistischen Staat" zu stürzen; darum sei auch Bildungs- und Schulungsarbeit für die Arbeiterschaft eine ganz unzeitgemäße Sache und „in zwölfter Stunde" genüge es, den raschen entscheidenden Schlag zu organisieren. Und sie glaubten es auch, als über Weisung Moskaus in den kommunistischen Blättern und Versammlungen zu lesen und zu hören war, daß jeder Angestellte und Führer der Sozialdemokraten ein „Bonze" ist, der auf Kosten der Arbeiterschaft schlemme und der unermüdlich darauf sinne, die Arbeiter auf die kapitalistische Schlachtbank zu führen. Wie sollten es diese gutgläubigen Menschen verstehen, als sie die Wandlung in Rußland sahen, wo auf einmal die Rückkehr zum Kapitalismus als das einzige Rettungsmittel verkündet und durchgeführt wurde! Wie konnten sie es fassen, als sie hörten, daß es mit der „Weltrevolution" nichts sei, daß sich die Arbeiter in Geduld zu fassen, sich zu organisieren, zu schulen und zu bilden hätten, denn der große kommunistische Kladderadatsch stehe noch durchaus nicht „vor der Tür". Die Kommunisten haben in der Tschechoslowakei eine Stärke erreicht, die schon weit über die Stärke eines „Stoßtrupps" hinausgeht — sie selber behaupten sogar, die Mehrheit der tschechischen Arbeiterschaft hinter sich zu haben — doch auf einmal wurde den gläubig Hoffenden die Kunde zuteil, daß an einen Kampf in der Tschechoslowakei erst in etwa zwei, drei bis fünf Jahren zu denken möglich sei. Mußten da nicht jene, denen der Glaube an die Moskauer kommunistische Heilslehre in Fleisch und Blut übergegangen war, für diese ihnen unverständliche Wandlung die anderen, die Mehrheit innehabenden Führer verantwortlich machen und mußten ihnen nicht dabei die oft gehörten Schlagworte von den „Bonzen", „Verrätern", „Opportunisten" und „Sozialverrätern" einfallen, die sie nun auf die Verfechter der Verwässerung der kommunistischen Glaubenssätze anwandten! Die aus schwerster Enttäuschung resultierende Verbitterung zeigt sich denn auch nicht nur in der tschechischen Arbeiterschaft, sondern auch bei vielen der kommunistischen Vertrauensmänner, wie der Ausschluß der Sturc und Genossen beweißt. Man kann sich dabei nur wundern, daß nicht auch unter den deutschen kommunistischen Arbeitern, unter denen es doch auch viele ernste Menschen gibt, nicht eine gleiche Auflehnung ob des Schwindels, der mit ihnen getrieben wurde, vor sich geht.

Die Wirkuagen der Enttäuschung über den Bankerott, den der Bolschewismus, der solange den Namen des Sozialismus mißbrauchte, erlittenen hat, versuchen nun die Herren von der Mehrheit der kommunistischen Parteiexekutive vergebenens zu beschwören. Es ist belustigend, zu sehen, wie nun Herr Karl Kreibich im „Vorwärts" den „Smeralismus", dem er selber spinnefeind war, ehe er von Moskau abgeschrien wurde, zu verteidigen sucht. Besonders schmerzhaft empfindet es er und die kommunistische Führung, daß sie nun von der Opposition mit denselben Mitteln bekämpft werden, die sie selber früher gegen die Sozialdemokraten mit der Virtuosität irgendwelcher deutschgelber Verleumder zur Anwendung brachten. Aber wenn er in noch so bewegten Tönen die Unzufriedenheit der Oppositionellen als Ausfluß „ungenügender theoretischer Schulung" hinzustellen sucht, so will es uns scheinen, daß ihm dabei kein größrer Erfolg erblühen wird, als wenn er die früher in den kommunistischen Himmel gehobenen Sturc und Genossen nun als gewissenlose Streber, als Inferiore, als gehässige Intriganten und „geistig untergeordnete" Menschen erklärt. Trotz aller Vertuschungsversuche muß er doch zugeben, daß es sich bei der Erscheinung der Opposition um eine Krise der kommunistischen Partei handelt. Diese Krise ist die Wirkung der Enttäuschung, die sich der denkenden Menschen in der kommunistischen Partei bemächtigt hat, sie ist auch die Folge der gewissenlosen Demagogie, welche jahrelang mit der Arbeiterschaft getrieben wurde.

Neue Putschgefahr in München.

Das anfeuernde Beispiel Khemals.

München, 29. September. In der deutschnationalen Mittelpartei, die in der Regierung die Verantwortung für die Abmachungen zwischen Berlin und München übernommen hat, ist eine Krise ausgebrochen. Im Kreisverband Oberbayern hat die unter der Führung des Obersten von Xylander stehende Gruppe der Deutschvölkischen die Oberhand gewonnen und sich dem Ordnungsblock genähert, der die **Regierung des Grafen Lerchenfeld durch eine Diktatur des früheren Ministerpräsidenten von Kahr ersetzen will.** Die Erfolge Khemal Paschas in Kleinasien wirken sichtlich belebend auf die zu dem Putsche geneigten Elemente der Rechtskreise. Die gesamte Presse weist täglich auf die Tat Khemals hin und zieht die entsprechenden Folgerungen für die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon. In einer großen Münchner Versammlung erklärte der wieder in die Oeffentlichkeit getretene Führer der deutschen Einwohnerwehren **Escherich, daß mit der Erfüllungspolitik in Deutschland ein Ende gemacht werden müsse.** Noch nie sei der nationale Gedanke als außenpolitischer Widerstandswille so stark gewesen, wie jetzt. Deswegen müsse man ein Volksreferendum durchführen, um eine kraftvolle Sammlungspolitik zum Widerstand gegen den Versailler Frieden zu führen.

Die Unternehmersoffensive in Wien abgewehrt.

Wien, 29. September. (Eigenbericht.) Der Streik der Metallarbeiter wurde heute beigelegt. Die Verhandlungen wurden heute wieder im Parlament unter Intervention der drei Präsidenten des Nationalrates geführt und haben eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Die gleitenden Teuerungszulagen wurden von 4500 auf 4800 Prozent erhöht. Diese Vereinbarung gilt von 23. September bis zum 28. Oktober.

Die Vertreter der Unternehmer stimmten dieser Vereinbarung mit dem ausdrücklichen Vorbehalt zu, daß sie dieses Uebereinkommen zwar aus wirtschaftlichen Gründen nicht rechtfertigen können, ihm jedoch infolge der Vermittlung der Präsidenten des Nationalrates im Interesse der Erhaltung des sozialen Friedens beitreten. Die formelle Genehmigung der Vollversammlung des Industriellenverbandes, die für den 3. Oktober einberufen wird, ist vorbehalten. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, diese Vereinbarung der Betriebsrätekonferenz zur Annahme zu empfehlen und dafür Sorge zu tragen, daß bis zur Bekanntgabe der Beschlüsse der Unternehmerversammlung die Ruhe in den Betrieben gewahrt werde.

Heute nachmittags hat bereits die Obmännerkonferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner der Metallarbeiter stattgefunden und sie hat mit zweitausend gegen etwa dreißig Stimmen die getroffenen Vereinbarungen genehmigt und eine Resolution beschlossen, in der es heißt: Im vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung und in klarer Erkenntnis der Machtverhältnisse der Klassen stimmt die Konferenz den Vorschlägen der Unterhändler bei. Weit entfernt davon, vollkommen befriedigt zu sein, verweist die Konferenz die Arbeiter aller Betriebe auf den Wert der Rettung des Index und auf die unter den schwierigsten Umständen erreichten Erfolge, welche der Geschlossenheit der Organisation zu verdanken sind. Die Konferenz fordert die Arbeiter zur Aufrechterhaltung des Verbandes auf und verurteilt das Verhalten der „Roten Fahne", die den Kampf der Metallarbeiter erschwert und ihn in den Dienst anderer als gewerkschaftlicher Zwecke zu stellen versuchte. Da die Vollversammlung der Unternehmer den Vereinbarungen wahrscheinlich auch zustimmen wird, ist der Konflikt in der Metallindustrie, der 300.000 Arbeiter umfaßte, beigelegt.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

In Karlsbad tritt heute der zweite Verbandstag des Internationalen Metallarbeiterverbandes zusammen. Es ist dies der erste Verbandstag, den die große Gewerkschaft der in der Eisen-, Metall- und Edelmetallindustrie beschäftigten Arbeiter der deutschen Siedlungsgebiete der tschechoslowakischen Republik nach dem konstituierenden Verbandstag im Jahre 1919 abhält. Selten hat es gerade für die Metallarbeiter, die zu jenen Arbeiterschichten gehören, welche von den wuchtigen Schlägen der Wirtschaftskrise am meisten getroffen sind, so schwere Zeiten gegeben wie die heutige, die düstere Sorge um die Zukunft wird über den Verhandlungen des Verbandstages schweben.

Der Bericht des Vorstandes, welcher die Verhandlungen einleiten wird, wird von den großen Schwierigkeiten erzählen, unter denen dieser große Verband geworden ist. Umfassende organisatorische Arbeit war notwendig, um die in den Jahren 1919 und 1920 dem Verbande neu zuströmenden Mitglieder in das Organisationsgefüge einzugliedern. Dabei wurden diese organisatorischen Arbeiten erschwert durch die zahllosen Kämpfe, welche auch die Metallarbeiter in den Jahren der Nachkriegszeit durchzufechten hatten. So konnte die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit nicht in dem intensiven Maße geleistet werden, als es notwendig gewesen wäre, um die vielen tausenden von Arbeitern, die von der gewerkschaftlichen Bewegung keine Ahnung gehabt haben, zu überzeugten gewerkschaftlichen Klassenkämpfern und Sozialisten zu machen. Solange in der Metallindustrie die gute Konjunktur herrschte, mußte der Verband unzählige Lohnkämpfe führen, um die durch den Krieg herabgesetzte Lebenshaltung der Arbeiter der maßlosen Teuerung anzupassen. Jetzt, da die gute Konjunktur einer katastrophalen Wirtschaftskrise Platz gemacht hat, müssen die Metallarbeiter ihre schwer erkämpften Rechte gegenüber den Unternehmerangriffen mit aller Kraft verteidigen.

Die Wirtschaftskrise ist von so schwerwiegenden Folgen für das Leben der Arbeiterschaft und ihrer Familien, daß ihr selbstverständlich ein eigener Punkt der Tagesordnung gewidmet ist. Unsere Metallarbeiter werden als erfahrene Gewerkschafter ihre Situation eingehend beraten und dementsprechend handeln. Sie werden ihre großen Erfahrungen dazu verwenden, um die Mitglieder des Verbandes heil durch die gegenwärtige Krise zu führen und sich ihre Organisation, ihr stärkstes Bollwerk gegen Verelendung und Versklavung, intakt zu erhalten. Sie werden alles versuchen, um der Arbeiterschaft schwere Kämpfe nach Möglichkeit zu ersparen, aber gleichzeitig ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringen, an den Grundrechten der Arbeiterschaft, die sich diese nach dem Krieg erkämpft haben, nicht rütteln zu lassen.

Auf dem Verbandstag wird auch über das Betriebsausschüssegesetz und die soziale Gesetzgebung manches ernste Wort gesprochen werden. Die Mängel des Gesetzes über die Betriebsausschüsse treten mit jedem Tage deutlicher hervor und die Erfahrungen, die man gerade in der jetzigen Krise gemacht hat, lehren, daß die Rechte der Mitglieder der Betriebsausschüsse in wirksamerer Weise gewahrt werden müssen, als es durch das geltende Gesetz geschieht. Der Verbandstag wird deshalb wohl seinen Ruf nach einer Novellierung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse erheben, genau so wie die Reichskonferenz der Bergarbeiter kürzlich die Novellierung des Gesetzes über die Betriebsräte im Bergbau verlangt hat. Die Verhandlungen der Metallarbeiterkonferenz werden geradezu eine Grundlage für die Novellierung des Gesetzes geben. Von nicht minderer Wichtigkeit werden die Beratungen über die soziale Gesetzgebung sein und die Metallarbeiter werden verlangen müssen, daß die Tschechoslowakei in dieser Hinsicht ebenso wie in den Fragen des Arbeiterrechtes nicht hinter den Nachbarstaaten zurückbleibe. Ebenso wird sich der Verbandstag mit der Arbeitslosenfürsorge befassen und sich in seinen Forderungen den Forderungen der übrigen Gewerkschaften anschließen, die dahin gehen, daß die Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge nach dem Genter System solange unmöglich ist, als die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse von heute andauern.

Der Verbandstag wird auch nicht vergessen, der internationalen Beziehungen des Verbandes zu den Metallarbeitern der übrigen Nationen zu gedenken. Hat doch der internationale Metallarbeiterkongreß sich mit der Frage des Generalstreiks im Falle eines neuen Krieges beschäftigt und es wird auch zu dieser

Frage im Interesse des Proletariats und im Interesse des Friedens Stellung genommen werden müssen.

So ist es eine Reihe von für die Arbeiterschaft schwerwiegendster Fragen, die auf dem Verbandstage der Metallarbeiter zur Verhandlung gelangen. Deswegen sehen nicht nur die Metallarbeiter, sondern die deutschen Arbeiter der Tschechoslowakei überhaupt mit Interesse den Karlsbader Verhandlungen entgegen. Unter den Schlägen der Wirtschaftskrisen haben die Arbeiter aller Branchen erkannt, daß sie ein gemeinsames Schicksal verbindet. Möge der Verbandstag der Metallarbeiter solche Beschlüsse fassen, die die Kraft und die Entschlossenheit dieser Arbeiterschicht mehren, zu Nutz und Frommen des übrigen Proletariats. Dies ist unser Wunsch und zugleich unser Gruß an den Verbandstag!

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

Wie die Regierung den Preisabbau fördert.

In der letzten Zeit wurde aus dem befreundeten Jugoslawien Vieh und Fleisch eingeführt. Das könnte eine Senkung der heimischen Fleischpreise nach sich bringen, wozu es schon höchste Zeit wäre, da das Fleisch noch immer doppelt so teuer ist, wie im Sommer 1921. Dies wollen die Agrarier mit aller Macht verhindern und deswegen hat ihr Exponent in der Regierung, der Ackerbauminister Stanek, eine Verordnung herausgegeben, daß mit Rücksicht auf die Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche die Einfuhr von Vieh aus Jugoslawien eingestellt wird. Zugleich werden die schon erteilten Einfuhrbewilligungen aufgehoben. Wenn das Fleisch einigermaßen billiger wird, dann tritt — es muß dies irgend ein geheimnisvolles Gesetz sein — in einem Nachbarlande stets zur rechten Zeit die Maul- und Klauenseuche auf. Die Konsumenten aber haben das Nachsehen.

Unerhörte Zumutungen der Glasfabrikanten.

Die Glasfabrikanten haben an die Organisationen der Glasarbeiter ein Schreiben geschickt, worin sie unter Berufung auf die Lage der Glasindustrie erklären, daß ein unbedingter Abbau der Erzeugungskosten um 50 Prozent notwendig sei und daß die Arbeiter daher mit ihren Löhnen um 50 Prozent heruntergehen müssen! Falls die Arbeiterschaft auf diese freche Provokation nicht eingeht, werden die Glasfabrikanten in der nächsten Woche in allen noch arbeitenden Betrieben die Glasarbeiterlöhne um die Hälfte reduzieren. Dabei sollen die Löhne von 14 zu 14 Tagen aufs neue festgesetzt werden. Die Herren Fabrikanten werden wohl bald verlangen, daß die Arbeiter umsonst arbeiten, damit ihnen der Profit gewahrt bleibe.

Massenkundgebung in Aussig.

Aussig, 29. September (Eigenbericht). Unter ungeheuerer Beteiligung der Arbeiterschaft fand heute Freitag abend nach Arbeitsschluß eine Massenkundgebung gegen die Wirtschaftsnot statt. Die Arbeiter kamen aus den Fabriken in geschlossenen Zügen, der Marktplatz war von rund zehntausend Arbeitern und Arbeiterinnen gefüllt. Zahlreiche Standarten, in deren gegen den Lohnabbau, gegen das Diktat der Unternehmer, für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an alle Arbeitslose und Kurzarbeiter, für die Durchführung von Notstandsbauten, für den Preisabbau usw. Propaganda gemacht wurde, waren in den Reihen der Demonstranten zu sehen. Als erster Redner sprach Abg. Genosse Beutel, der über die Maßnahmen der Kreisgewerkschaftskommission, die seit der letzten Versammlung am 8. August durchgeführt wurden, berichtete. Er führte aus, daß von der politischen Bezirksverwaltung die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die Durchführung von Notstandsbauten verlangt wurde, daß die Bezirksverwaltung und die Regierung zwar einiges getan hätten, die Krise zu mildern, daß dies jedoch noch lange nicht genug sei und daß deswegen die Arbeiterschaft stets auf der Wacht sein müsse, damit die Organe der Regierung dazu gezwungen werden, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Als zweiter Redner sprach für die sozialdemokratische Gemeindefraktion Genosse Dr. Ungar, der hauptsächlich über die Projekte der Stadtgemeinde, die Notstandsbauten betreffend, referierte. Er verwies auf eine Reihe von Projekten, die die Stadt plane, deren Durchführung sie vom Staat verlange beziehungsweise zu deren Durchführung eine staatliche Subvention notwendig sei. Bisher sei nur ein ganz kleiner Prozentsatz dieser Arbeiten von der Regierung bewilligt worden und es müsse Sache der Arbeiterschaft sein, auch hier der Regierung klar zu machen, daß nicht nur mit schönen Worten und Aufrufen, sondern durch die Tat Hilfe geleistet werden müsse. Ferner verwies der Sprecher auf die ungenügenden Maßnahmen der politischen Bezirksverwaltungskommission, deren bürgerliche Mehrheit bisher immer die Unterstützung der Durchführung der Notstandsarbeiten gehindert hatte und nur durch eine Zufallsmajorität der sozialdemokratischen Mitglieder zur Aufnahme eine Fünfmillionendarlehens gezwungen wurde. Zuletzt sprach Genosse Belina, der die Ausführungen der beiden Vorredner zusammenfaßte und darauf verwies, daß es nicht genüge, Forderungen aufzustellen, sondern daß die Arbeiterschaft gerüstet stehen müsse, um sie von der Regierung und den verantwortlichen Instanzen zu erzwingen. Er geißelte insbesondere das Vorgehen der Unternehmer, die heute die Wirtschaftskrise rücksichtslos zu einem Lohnabbau benützen und nicht einmal mit den Gewerkschaften verhandeln. Der Redner warnte davor, durch übereilte Teilaktionen der Reaktion einen Vorwand zu geben, gegen die Arbeiterschaft mobil zu machen. Besonders sind es in dieser Hinsicht die Agrarier, die durch ihr Organ sogar die Bildung einer „erzenen Hundert" gefordert haben und nur darauf warten, die Arbeiterschaft niederknüppeln zu können. Unter lebhaften Beifallsbezeugungen für alle Referenten verließen die Teilnehmer der Kundgebung um halb sieben Uhr abends ruhig den Platz. Die Geschäfte hatten über Beschluß des Gremiums geschlossen, der Betrieb der elektrischen Straßenbahn ruhte von halb fünf bis sechs Uhr.

Forderungen der Tabakarbeiter.

Die Organisationen der Tabakarbeiter und zwar der Svaz zamestnancu tabakove rezie und die Gewerkschaft der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen der tschechoslowakischen Republik haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Sie verlangen unter anderem die Erhöhung der Grundgehalte, beziehungsweise Einrechnung der Teuerungszulagen in den Grundgehalt, eine andere Einteilung in Lohnklassen, Erhöhung der Altersunterstützung für die Pensionisten, Verwandlung aller übrigbleibenden Zulagen in eine einheitliche Teuerungszulage. Schließlich erklären sich die Arbeiter bereit, im Jahre 1923 im Verhältnis zu den sinkenden Lebensmittelpreisen mit ihren Löhnen herunterzugehen. Alle Forderungen sollen mit dem Zentralvertrauensmännerausschuß der Tabakregie verhandelt werden.

Inland.

Die ausgeschlossene kommunistische Opposition.

Herr Karl Kreibich setzt im „Vorwärts" die Artikelserie zur Verteidigung des Ausschlusses der bisherigen Opposition in der kommunistischen Parteiexekutive fort. Von seinem Geständnissen seien noch einige festgehalten. Er schreibt:

„Und da (bei der Gründung der kommunistischen Partei. Anm. der. Red. d. Soz.) stellte sich heraus, daß einige der Führer, die in der Zeit, als es im wesentlichen nur galt, Opposition zu machen, und als nur die Erreichung der internationalen kommunistischen Partei das Ziel war, in die Höhe gekommen waren, sich als unfähig erwiesen, eine Partei politisch zu führen und organisatorisch zu leiten.

Der alte Sture hat gar manche Tugenden ... Immer war er ein Radikaler, immer war er in der Opposition, immer mußte er gegen die Führer kämpfen, immer rebellierte er gegen die Bonzen, welche das revolutionäre Ideal verrieten. Das aber wurde ihm schließlich zum tragischen Verhängnis. Da er infolge dieser seiner Einstellung immer ins Hintertreffen geriet, wurde er verbittert und gegen jede Führung mißtrauisch bis zur Gehässigkeit ... Repräsentative „graue Häupter" aber, die nichts als dekorative Vorsitzende sein können, verträgt eine kommunistische Partei nicht. Und einem Sture fehlt zu dieser Rolle die Ruhe und persönliche Objektivität; denn bei ihm ist der Oppositionsgeist schier bis zur Leidenschaft des Stänkerns und der persönlichen Gehässigkeit und Bosheit ausgeartet. So mußte er sich bald auf dem Posten des Parteivorsitzenden und auch nur eines Mitgliedes der engeren Parteileitung als unmöglich erweisen. Mit ihm auch Jilek, dessen Fähigkeiten kaum zu einem Kreissekretär genügen und der durch die eigenartigen Verhältnisse in der tschechischen Bewegung zum organisatorischen Zentralsekretär einer großen Partei geworden war. Ihnen hatte sich Bolen zugesellt, dem ebenfalls alle politischen und persönlichen Qualitäten zu einem Parteiführer fehlen.

Alles in allem: es waren an die Spitze der Partei aus den ganz besonderen Verhältnissen der tschechischen Bewegung heraus Leute gekommen, deren politische und persönliche Qualitäten für diese Aufgabe gar nicht hinreichten. Ihr Programm war ein nebuloser „reiner", „radikaler", „wahrer" oder sonstwie besonderer Kommunismus, in Wirklichkeit eine in Doktrinarismus verkleidete politische Unfähigkeit, die in der praktischen politischen Arbeit bald offenbar wurde.

Was die gesamte Opposition besonders auszeichnete, war ihre Gegnerschaft gegen Genossen Smeral, die sich bald auf jeden übertrug, der mit ihm arbeitete ... Es war einfach der uralte Krieg, den die Inferiorität gegen die geistige Ueberlegenheit führt. Und da die Inferioren sich einen sachlichen Grund vormachen mußten, gebärdeten sie sich als „radikale", als „reine" Kommunisten, die gegen den „Opportunisten" Smeral kämpfen."

Nachdem Kreibich die angeschlossene Opposition als die Prapaganda in der „illegalen" Organisation denunziert hat, schließt er:

„Revolutionäre Romantik, Verranntheit in eine nur für eine ganz bestimmte Phase der revolutionären Entwicklung geeignete Taktik, angeborenes Intriganten tum und Unfähigkeit, offene politische Arbeit zu leisten, sind der Nährboden dieser „illegalen" Organisation."

Alles das wirkt für sich. Wir können also jede weitere Bemerkung dazu unterlassen.

Die tschechischen Sozialisten und die Regierungsbildung. Die tschechoslowatischen Sozialisten haben am 28. d. M. eine Sitzung ihrer Parteivertretung einberufen, um über die wirtschaftliche Situation und die Rekonstruktion der Regierung zu beraten. In einer zum Schlusse einstimmig angenommenen Resolution wurden folgende Grundsätze niedergelegt: die Forderung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, einer Rente von ungefähr 1200 Kronen für alle Witwen und Arbeiter, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, die Vorlage eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von 100 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung für 1922, die Erfüllung der Mutterschutzversicherung, die Frage der Bezahlung der Arbeitererholungsurlaube, die Errichtung von Konsumenten- und Arbeiterkammern, die Aufforderung an die Regierung, zu den Lohnzwistigkeiten, speziell zu der Herabsetzung der Löhne und Gehälter Stellung zu nehmen, die Nationalisierung der Bergwerke die Reorganisierung des Bodenamtes, die Frage der Trennung von Kirche und Staat, restloses Festhalten an der durch die revolutionäre Nationalversammlung geschaffenen Verfassung des Staates, Genehmigung der gegenwärtigen Außenpolitik, Beharren auf den Friedensverträgen. Alle diese Forderungen begründete Senator Klofač. In seiner Rede betonte er ferner die Einheit seiner Partei und die Notwendigkeit für sie, in die Regierung zu gehen. Gleichzeitig aber erklärte er: „In der Regierung und in der Koalition können wir aber nur solange bleiben, solange wir Garantien besitzen, daß das Arbeitsprogramm der Regierung durchgeführt und daß die Regierung nicht nach rechts gehen werde." Wer ihm allerdings diese Garantien bis jetzt gegeben hat, das hat Senator Klofač nicht verraten. Daß es Dr. Kramarsch nicht ist, das hat Klofač im Verlauf seiner Rede selbst eingestehen müssen als er über ihn das vernichtende Urteil sprach: „Er steht an der Front derjenigen, von denen die Majorität keine Liebe zum Volke besitzt." Daß Klofač trotz dieser Erkenntnis mit dem Bürgertum in der Regierung sein wird, das will er mit einer juridischen Spitzfindigkeit begründen: Wirtschaftlich sei es für seine Partei notwendig, politisch trenne Nationaldemokraten und tschechoslowakische Sozialisten eine Welt. Wir trauen Klofač angesichts des blühenden Kapitalismus, der gewaltiger als je in der Tschechoslowakei seine Triumphe feiert, nicht die Naivität zu, daß er daran glaube, seine und die ihm nahestehenden Parteien würden ihre sozialen Forderungen durchsetzen. Und daß dies seine eigene Partei wohl weiß, beweisen die Einleitungssätze des im gestrigen „Ceske Slovo" veröffentlichten Leitartikels, welche lauten: „Die Koalitionspolitik hat eine grundlegende Voraussetzung: das unbedingte wechselseitige Vertrauen der Parteien, welche sie schaffen. Aber das Vertrauen wird dort unmöglich, wo die versprochenen Programme nicht eingehalten werden. Diese Erscheinung hat sich in unserer Innenpolitik zur gewohnten Unsitte herausgebildet, welche das Leben in den Parteien verwirrt. Die Enttäuschungen, welche immer nachher gefolgt sind, haben das ganze öffentliche Leben vergiftet. Die vielversprechenden Programme, deren keine Taten folgen, sind die ärgste Politik." Dieses offen ausgesprochene Mißtrauen ist auf derselben Seite des „Ceske Slovo" abgedruckt, welche jene Sätze des Senators Dr. Klofač enthält, die wir oben zitiert haben. Was bedeutet das? Offenbart sich hier die Zweiheit von Meinungen, d. h. die Spaltung der Partei in zwei Lager? Klofač hat diese letzte Annahme, wie wir ebenfalls seiner Rede entnommen haben, bestritten. Dann aber muß, wenn man das Bekenntnis des Leitartikels ehrlich nimmt — und es enthält Wahrheiten, die keinem Zweifel unterliegen —, die Riesenresolution mit ihren 13 Punkten, deren jeder eingehend begründet wird, ebenso lächerlich wirken wie der gespielte Optimismus des Klofač. Hier offenbart sich eben die ganze Unentschiedenheit, das Schwanken, zu dem eine Politik verurteilt ist, welche „Nein" sagen möchte und noch „Ja" sagen zu müssen glaubt, weil ihr trotz der gegenteiligen Behauptung des Klofač, die nationale über die wirtschaftliche Politik geht. Denn wäre das Umgekehrte,

---

Die Entstehung der tschechischen Sozialdemokratie.

Zu ihrem 50jährigen Jubiläum.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die tschechische Arbeiterschaft genau so schutzlos den politischen und ökonomischen Machtgelüsten von Adel und Bourgeoisie preisgegeben wie die Arbeiterschaft der anderen Nationen. Die Löhne waren niedrig, zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben, die Arbeitszeit lang, die Ernährung schlecht, die Sterblichkeit groß, Frauen- und Kinderarbeit verbreitet, von Zeit zu Zeit brachen Wirtschaftskrisen über die Arbeiterschaft herein, die sie noch größerem Hunger und noch ärgerem Elend, als sie ohnehin genossen, preisgaben. Der Staat hatte für das Schicksal der Arbeiterklasse in der Zeit des jungen, sich übermütig reckenden und dehnenden Kapitalismus wenig Interesse, es gab kein Koalitionsrecht, die Arbeiter waren rechtlos, sie hatten kein Wahlrecht in den Reichsrat, in den Landtag, in die Bezirke und Gemeinden.

Die Entwicklung des Kapitalismus, die Umwandlung des Gewerbes in die Großindustrie, die nach der Revolution des Jahres 1848, deren letztes Aufflackern bereits vom Sturmwinde der guten Konjunktur verlöscht wurde, brachte größere Massen der tschechischen Arbeiterschaft und der Wiener, Prager und nordböhmischen Großindustrie zusammen und erzeugte in ihnen die ersten Regungen des Widerstandes gegen die Verelendung, welche die Entfaltung der Industrie und die gesteigerte Arbeitsintensität mit sich brachte. Die ersten Männer, welche die Notwendigkeit der Abwehr gegenüber der kapitalistischen Versklavung erkannten, glaubten, die ökonomische Uebermacht des Kapitals müsse dadurch gebrochen werden, daß der Arbeiter spare, sich Kapital erwerbe und dadurch dem Kapitalisten ebenbürtig, gestützt auf eine gewisse wirtschaftliche Macht, entgegentreten könne. Der Wortführer der tschechischen Arbeiterschaft, die in diesem Sinne dachte, wurde zunächst ein Intellektueller, Dr. Franz Ladislaus Chleborad, der in den Bahnen des reichsdeutschen Sozialreformers und Gegners Lasalles Schulze-Delitsch wandelte und Arbeiterspar- und Konsumvereine als das Mittel ansah, das traurige Los der Arbeiterschaft zu bessern. Politisch war Chleborad wenig interessiert, er verwies die Arbeiter darauf, daß der tschechische Staat, um den das an Zahl geringe tschechische Bürgertum im Schatten des Feudaladels kämpfte, auch das Los der Arbeiter bessern werde. Mit den Lehren von Marx und Engels machte die tschechische Oeffentlichkeit zunächst ein junger Dozent, Dr. Anton Springer, bekannt, der, fast möchte man sagen, ebenso sehr Deutscher wie Tscheche, an der Prager Universität sozialwissenschaftliche Vorträge in beiden Sprachen hielt und insbesondere die tschechischen Intellektuellen mit dem Engelschen Buche über die Lage der arbeitenden Klassen Englands bekanntmachte. Der weiteren tschechischen Oeffentlichkeit wurden freilich die Anschauungen der wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus erst bekannt, als Rieger, der erklärte politische Führer des tschechischen Volkes, seitdem Palacky in den Hintergrund gedrängt war, polemische Bücher gegen den Sozialismus schrieb, wovon das eine Buch, das 1860 erschien, insbesondere gegen Engels, das zweite von 1869 gegen Lassalle gerichtet war. Die Agitation, die Lassalle zu Beginn der sechziger Jahre in Deutschland entfaltet hatte, drang nur wenig zu den tschechischen Arbeitern. In Böhmen wurde ein einziger Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegründet und zwar in Asch unter der Führung des begabten Arbeiters Simon Martin, dessen Schöpfung jedoch bald einging. Die Erweckung des Klassenbewußtseins der tschechischen Arbeiterklasse kam nicht von Deutschland über Deutschböhmen, sondern über Wien.

Im November 1867 hatte das Vereins- und Versammlungsgesetz eine öffentliche Tätigkeit der Arbeiterschaft erst möglich gemacht, schon im Monate darauf erfolgte die Gründung eines Arbeitervereines in Wien, an dessen Spitze Hermann Hartung und Heinrich Oberwinder standen. Kaum ein halbes Jahr später veranstaltete dieser Verein einen Arbeiterkongreß (10. Mai 1868), der ein Manifest in deutscher und tschechischer Sprache herausgab. Dort kamen die ersten tschechischen Arbeiter, die sich zur Erkenntnis der Notwendigkeit des organisierten Kampfes der Arbeiterschaft gegen die bestehende Ordnung durchgerungen hatten, zusammen und seitdem kann man in Wien von einer tschechischen Arbeiterbewegung reden. Dort, wo die tschechischen Arbeiter in unmittelbarer Berührung mit den deutschen Arbeitern lebten, eben in Wien, ist die Wiege der tschechischen Arbeiterbewegung gestanden.

Der Wiener Arbeiterverein bekannte sich zu den Ideen Lassalles. Aber schon Ende der sechziger Jahre begannen auch die Wiener Arbeiter den Lassalleanismus zu überwinden und rangen sich zu den Lehren von Marx und Engels durch. Als 1869 in Eisenach Bebel und Liebknecht eine sozialdemokratische Partei in Marx'schem Sinne begründeten, waren zwei Wiener Delegierte anwesend, Heinrich Oberwinder und Andreas Scheu, die später die grimmigsten Gegner werden sollten. Schon im folgenden Jahre wurde von Wien aus versucht, den marxistischen Sozialismus auf böhmischen Boden zu verpflanzen, was aber nicht gelang, der Boden war noch nicht vorbereitet für die Aufnahme der Saat. Es gelang nicht, eine Filiale des Wiener Vereins in Böhmen zu begründen, die tschechischen Arbeiter standen noch allzusehr im Banne der Ideen von Schultze-Delitsch und im Gefolge der tschechischen bürgerlichen nationalen Parteien.

Aber gerade die Uneinigkeit der beiden großen politischen Parteien im tschechischen Volke beschleunigte das Erwachen der tschechischen Arbeiter zum Klassenbewußtsein, ihre Entwicklung zum sozialdemokratischen Programm. In diesen Jahren war es, da sich das Kleinbürgertum, welches sich eine Partei in der demokratischen Jungtschechenpartei geschaffen hatte, von den konservativen im Schlepptau des Feudaladels befindlichen Alttschechen, loslöste. Beide Parteien suchten die Zahl ihrer Anhänger dadurch zu vermehren, daß sie auch die Arbeiter für sich gewinnen wollten, zu welchem Zwecke die Jungtschechen die „Delnicke Listy" (Arbeiterzeitung), die Alttschechen den „Delnik" (Arbeiter) gründeten. Mit der Geschichte der „Delnicke Listy" aber, deren erste Nummer am 5. Jänner 1872 erschien, ist die Entstehung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eng verknüpft.

Unter den Mitarbeitern der „Delnicke Listy" befand sich ein Proletarier, dessen man beim 50jährigen Jubiläum der tschechischen Sozialdemokratie zunächst gedenken sollte und der unter seinesgleichen in den ersten schwierigen Tagen der Erweckung der tschechischen Arbeiter zum Klassenbewußtsein wohl das meiste geleistet

einzig Mögliche und Notwendige der Fall, dann stünde die wahrhaft sozialistische Einheitsfront in diesem Staate fest und siegend gegen alle bürgerliche Reaktion und die tschechoslowakischen Sozialisten hätten es weder nötig, mit den Kommunisten zu kokettieren, noch sich ihrer so auffallend entledigen zu wollen.

Die Verstaatlichung der Polizei. Das Blatt „Der neue Weg" meldet auf Grund seiner Informationen beim Ministerium des Innern, daß die Polizei außer in Reichenberg und Brünn (was wir bereits gemeldet haben) demnächst auch in Aussig a. E., Brüx, Dux, Eger, Karlsbad, Leitmeritz, Troppau, Znaim und Mähr.-Ostrau verstaatlicht werden soll. Sodann sollen, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, Marienbad, Teplitz, Pardubitz, Olmütz, Jägerndorf und andere Städte folgen.

Ausland.

Die Rätewahlen in Rußland.

Im Oktober d. J. finden in ganz Sowjet-Rußland, mit Ausnahme Moskaus, die Neuwahlen für die örtlichen Sowjets statt. Diese Neuwahlen werden zu einer Zeit vorgenommen, wo die Verfolgung der Sozialdemokraten einen unerhörten Charakter angenommen hat. Selbst in der zweiten Hälfte des Jahres 1918, als die sozialdemokratische Partei aus den Sowjets getrieben wurde, war die Hetze gegen sie nicht so allgemein und stark wie im gegenwärtigen Augenblick, wo jeder, der irgendwie verdächtig ist, mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu stehen, den härtesten Verfolgungen ausgesetzt ist.

Unter diesen Umständen ist die Teilnahme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an den bevorstehenden Wahlen nicht nur äußerst erschwert, sondern völlig unmöglich gemacht. **Die Sozialdemokratie ist faktisch außerhalb des Gesetzes gestellt.** Die Aufstellung einer Kandidatenliste bedeutet die Preisgabe zahlreicher Parteigenossen an die „Tscheka", die selbstverständlich alle auf der Liste stehenden Personen verhaften und verbannen wird. Das Auftreten in Wahlversammlungen ist mit denselben Folgen verknüpft. Und da die Wahlen öffentlich stattfinden, bedeutet die Stimmabgabe für einen sozialdemokratischen Kandidaten die Selbstopferung des Betreffenden, denn jeder Arbeiter, der für die verfemten Kandidaten die Hand erhebt, wird unweigerlich von den kommunistischen Machthabern aus dem Betriebe hinausgejagt.

Schon bei den vorjährigen Wahlen waren unsere russischen Genossen in einer Reihe von Städten (in Minsk, Poltawa, Krementschug usw.) nicht imstande, unter dem herrschenden Terror ihre Kandidaten aufzustellen und an der Wahlbewegung teilzunehmen. Bei den diesjährigen Wahlen ist infolge der Verstärkung der Verfolgungen diese Unmöglichkeit allgemein geworden.

Angesichts dieser Sachlage **hat das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands den Beschluß gefaßt, die Parteiorganisationen aufzufordern, an den Wahlen nicht teilzunehmen.** Gleichzeitig sollen die Wähler aufgeklärt werden, daß unter den obwaltenden Verhältnissen eine Teilnahme an der Wahl unmöglich sei, und daß vor allen Dingen nun der Kampf um die Freiheit der Rätewahlen das Gebot der Stunde ist. In Ausnahmefällen jedoch, wo angesichts der lokalen Verhältnisse eine Teilnahme an der Wahlbewegung dennoch möglich sein könnte, ist eine Abweichung von diesem Beschlusse zulässig.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Zentralkomitees bedeutet die denkbar schärfste Anklage gegen die kommunistischen Machthaber. Vor dem Antlitz des internationalen Proletariats **stellen die sozialdemokratischen Proletarier Rußlands fest, daß die Schreckensherrschaft in ihrem Lande eine solche Stärke erreicht hat, daß nicht einmal jene Methoden des legalen politischen Kampfes anwendbar sind, die unter dem Zarismus möglich waren.**

Militärdiktatur in Athen.

Paris, 29. September. (Havas.) Eine Militärkommission in Athen hat die vorläufige Verantwortung für die Regierung übernommen und ist mit den venizelistischen Führern in Fühlung getreten, doch ist ein Einvernehmen noch nicht erzielt, sodaß das nue Kabinett noch nicht gebildet werden kann. Die fünf Minister des früheren Kabinetts, Gunaris, Stratos, Protopapadakis, Gudan und Theotokis sind verhaftet worden. Die öffentliche Meinung wünscht ihre Stellung vor Gericht, da man sie für die Ereignisse in Kleinasien verantwortlich macht.

Ein Aufruf des Revolutionskomitees.

Athen, 29. September. (Havas.) Das aus dem Obersten Gonatas Platias und dem Kapitän Phoas bestehende provisorische Revolutionskomitee erläßt folgende Erklärung an das griechische Volk: Nachdem eine Verständigung mit der zurückgetretenen Regierung erzielt ist, wird das provisorische Revolutionskomitee sobald wie möglich die Regierungsgewalt übernehmen. Bis jetzt hat das Komitee auf die Vaterlandsliebe der Griechen und auf das eifrige Bestreben des Volkes gezählt, sich versöhnlich zu zeigen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und alle Bürger ohne Ausnahme zu beschützen. Unruhestifter werden ohne Ausnahme bestraft werden.

* *

Venizelos vertritt Griechenland bei der Entente.

Der Revolutionsausschuß hat Venizelos telegraphisch ersucht, bei den Ententestaaten die nationalen Interessen Griechenlands zu verteidigen und Griechenland auf der Friedenskonferenz zu vertreten. Der Revolutionsausschuß wird den ehemaligen König Konstantin, die Königin und die Familien der Prinzen Michael und Andreas auffordern, Griechenland zu verlassen. **Man hält dafür, daß das republikanische Regime binnen kurzem eingesetzt wird.** Der Vorsitzende des neuen Kabinetts wird wahrscheinlich Karapanos sein.

Der neue König der Griechen.

Athen, 29. September. (Havas.) Der Kronprinz, welcher den Namen Georg II. angenommen hat, leistete dem Ministerrate den Eid.

Konstantin nicht verhaftet.

Paris, 29. September. Von griechischen venizelistischen Kreisen wird heute die Meldung von einer Verhaftung König Konstantins dementiert.

Abreise Konstantins aus Athen.

London, 29. September. Das Reuterbureau meldet aus Athen: König Konstantin, Königin Sophie sowie die Prinzen Nikolaus und Andreas sind gestern abend an Bord eines Panzerschiffes abgereist.

Thronverzicht des Sultans.

Konstantinopel, 29. September. (Havas.) In gutunterrichteten Kreisen wird versichert, der Sultan habe zugunsten des Erbprinzen Abdul Medschid auf den Thron verzichtet.

Abwartende Haltung Englands.

London, 29. September. (AA.) General **Harrington** sagt in seinem **Telegramm an Kemal: Wenn zwischen uns irgend ein Mißverständnis aufkäme, wäre ich bereit, mit Ihnen an einem beliebigen, zwischen uns zu vereinbarenden Orte zusammenzutreffen. Kemals Antwort an Harrington, er wünsche jeden bedauernswerten Zwischenfall in der Nachbarschaft von Tschanak oder wo immer zu vermeiden, ist in London mit Befriedigung aufgenommen worden. Es kann jedoch kein Zweifel sein, daß die Anwesenheit türkischer Truppen in der neutralen Zone in dichtester Nähe der britischen Truppen, die diese Zone schützen, auf Kemals Instruktionen zurückzuführen ist und nicht mehr dem Mangel an Befehlen aus dem türkischen Hauptquartier zugeschrieben werden kann. Es ist klar, daß Kemal dadurch eine friedliche Lösung der Angelegenheit gefährdet, die er, wie er erklärt, wünscht.**

Notenmangel in Berlin.

Berlin, 29. September. (Eigenbericht.) Zum heutigen Lohnzahltag, dem morgen der Ultimo folgt, machte sich der Mangel an Bargeld wieder in erschreckendem Maße bemerkbar. Große Berliner Banken waren heute nicht in der Lage, auch nur kleine Schecks über 1500 bis 5000 Mark einzulösen. In eine besonders schwierige Lage kommt die Arbeiterschaft, der der Lohn häufig nur in großen Scheinen ausbezahlt werden konnte, während die Umwechslung fast unmöglich ist. Die Reichsbank gibt als Ursache des Notenmangels den elftägigen Streik der Buchdrucker an. Da dieser aber schon mehrere Wochen zurückliegt, müssen wohl falsche Dispositionen der Reichsbank und der Reichsdruckerei die Ursache des Notenmangels sein.

Der neue deutsche Gesandte in Moskau.

Berlin, 29. September. (Eigenbericht.) Die Absicht der Ernennung des Grafen Brockdorff-Rantzau zum deutschen Botschafter in Moskau, die heute öffentlich gemeldet worden ist, war inoffiziell längere Zeit bekannt. Brockdorff-Rantzau hatte für die Uebernahme des Postens bestimmte Bedingungen gestellt, die offenbar die deutsche Regierung erfüllt hat. Die Sowjetregierung andererseits wünschte keinen Politiker, sondern einen Diplomaten, und dieser Wunsch ist jetzt befriedigt worden.

Die Kosten der amerikanischen Rheinarmee.

Washington, 28. September (Havas). Amtlich wird gemeldet, Amerika und Deutschland hätten sich über die Bezahlung der 256 Millionen Dollar Besatzungskosten für die Rheinarmee geeinigt. Deutschland wird Farbstoffe liefern ohne Geldzahlungen zu leisten. Die Alliierten, welche zu Rate gezogen wurden, haben ihre Zustimmung gegeben.

Die Esperantobewegung.

Nürnberg, 29. September. (Wolff.) Der nächstjährige 15. internationale Esperantokongreß findet in Nürnberg voraussichtlich vom 2. bis zum 9. August 1923 statt. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von 5—6000 Delegierten aus allen Ländern gerechnet.

Indische Narrenfabeln.

Der erste Name auf der Narrenliste.

Eines Tages kam eine Anzahl von Kaufleuten zu einem König und bot ihm Rosse zum Kauf an. Dem König gefielen die Pferde sehr; er kaufte sie und gab den Kaufleuten ein Lakh (gleich 100.000 Rupien) über den Kaufpreis, indem er sie beauftragte, aus ihrem Heimatlande nochmals Rosse zu bringen. Darauf verabschiedeten sich die Händler von ihm.

Eines Tages war der König bei guter Laune und trunken, und in diesem Zustand sagte er zu seinem Kanzler: „Schreib' mir doch einmal die Namen aller Narren auf!"

Der Kanzler erwiderte untertänigst: „Die habe ich bereits aufgeschrieben, und der erste aller Namen ist der Name Eurer Majestät."

„Weshalb?" fragte Se. Majestät, und der Kanzler sprach:

„Das Lakh Rupien, welches den Kaufleuten ohne einen Bürgen und ohne Angabe ihres Wohnortes gezahlt wurde, damit sie weitere Rosse bringen, ist ein Beweis für die Narrheit."

Der König fragte: „Und wenn die Kaufleute nun die Rosse bringen?"

Da sagte der Kanzler: „Wenn sie sie bringen, dann will ich den Namen Ew. Majestät aus der Narrenliste streichen und die Namen der Kaufleute an seine Stelle setzen."

Der gescheite Papagei.

Ein Mann zog einen Papageien auf und lehrte ihn Persisch. Auf jede Anrede gab der Papagei zur Antwort: „Kann denn daran noch ein Zweifel sein?"

Eines Tages trug der Mann seinen Papageien auf den Markt, um ihn da zu verkaufen, und als Preis für ihn forderte er hundert Rupien.

Da kam ein Moghul und fragte den Vogel: „Bist du denn auch hundert Rupien wert?"

Der Vogel antwortete: „Kann denn daran noch ein Zweifel sein?"

Da freute sich der Moghul, kaufte den Papageien und trug ihn nach Hause. Aber auf alles, was er zu ihm sagte, erhielt er immer nur die Antwort: „Kann denn daran noch ein Zweifel sein?"

Da schämte er sich in seinem Herzen; sein Kauf reute ihn, und er sprach: „Da hab' ich eine Dummheit gemacht, daß ich diesen Papagei gekauft habe!"

Der Papagei sagte: „Kann denn daran noch ein Zweifel sein?"

Da mußte der Moghul lachen und ließ den Vogel fliegen.

Das Andenken.

Ein Mann war mit einem Geizhals befreundet. Eines Tages sagte er zu dem Knicker: „Ich muß jetzt verreisen; gib mir deinen Ring. Ich will ihn bei mir tragen, und so oft ich ihn sehe, will ich deiner gedenken."

Da gab ihm der Geizige zur Antwort: „Wenn du meiner gedenken willst, so sieh nur immer auf deinen leeren Finger; denn dann wirst du dich meiner erinnern, weil dir einfällt, daß du mich um meinen Ring gebeten hast und daß ich dir ihn nicht gegeben habe."

Telegramme.

Herabsetzung der Zuckerpreise alter Kampagne.

Das Zuckersyndikat teilt mit: Mit Rücksicht auf die geänderte Situation beschloß das Zuckersyndikat, die verbleibenden Reste aus der alten Kampagne zum Preise von 450 Kronen, Basis Großbrote, zu verkaufen. Dadurch wird der Zuckerpreis für den Großhandel von bisher 650 Kronen auf 450 Kronen herabgesetzt und nähert sich fast dem wahrscheinlichen Zuckerpreis aus neuer Kampagne. Es kann daher aus dem Grunde, daß die Geschäftsleute nicht Zucker auf Lager kaufen wollen, um an den Vorräten nicht Verluste zu erleiden, keine Störung der normalen Versorgung des inländischen Konsums eintreten. Den ganzen Verlust an den in den Zuckerfabriken lagernden Vorräten trägt infolge dieses Beschlusses die Zuckerindustrie selbst, die infolge dieses Beschlusses erfolgende Fakturierung von Zucker zu diesem neu herabgesetzten Preise tritt für alle Sendungen in Kraft, welche ab 27. September laufenden Jahres ab Fabrik abgefertigt werden.

Die Ostrauer Bergbaubeamten geben nach.

Mähr.-Ostrau, 29. September. Heute vormittags billigten die Vertrauensmänner beider Organisationen der Bergbaubeamten und Aufseher das gestern von ihren Vertretern getroffene Kompromiß mit den Vertretern der Reichskonferenz, nach welchem vom 1. November 1922 die Teuerungszulagen um die zehnprozentige Kinderzulage um 20 Prozent herabgesetzt werden. Ab 1. Jänner 1923 werden die gesamten Bezüge um 20 Prozent, welche von den Teuerungs- und Kinderzulagen abgezogen werden, herabgesetzt.

Die Lohnverhandlungen der rheinischen Kohlenarbeiter.

Berlin, 29. September. (Wolff.) Im Reichsarbeitenministerium fanden heute Schiedsverhandlungen über die Lohnerhöhung für den rheinisch-westphälischen Steinkohlenbezirk statt. Der Schlichtungsausschuß fällte einen einstimmigen Schiedsspruch, der für die Bergleute des Ruhrbergbaues eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 150 Mark pro Mann und Schicht mit Wirkung vom 1. Oktober vorsieht. Ueber die Annahme des Schiedsspruches haben sich die Parteien bis zum 6. Oktober zu erklären.

Der Standpunkt des Bergarbeiterverbandes.

Berlin, 29. September (Eigenbericht). Der Bergarbeiterverband wendet sich gegen die Auffassung, als ob die letzte Lohnerhöhung der Bergarbeiter auf dem Dollarstand von 2000 beruhe, und den Zweck verfolgt habe, die Devisenentwicklung des Monats September von Vornherein auszugleichen. Am 24. August, dem Tage der Beschlußfassung, hat der Entwertungsfaktor der Mark das 470fache betragen, die Bergarbeiterlöhne seien aber nur um das 105fache gegenüber der Vorkriegszeit erhöht worden. Da weiter auf die wirtschaftlichen Folgen der Kohlenpreissteigerung hingewiesen und die Bergarbeiterlöhne hiefür als treibendes Moment hingestellt würden, so sei dem gegenüber festzustellen, daß der Anteil der Löhne und Angestelltengehälter an der letzten Kohlenpreiserhöhung nur 33 Prozent der Nettoerhöhung ausmache, die Zuschläge für Material und sonstige Nebenkosten über 200 Prozent. Die Verantwortung für die Kohlenpreiserhöhung könne daher unmöglich auf die Bergarbeiterlöhne abgewälzt werden.

Der Wiener Kellnerstreik beendet.

Wien, 29. September. (AA.) Nach mehr als einwöchiger Dauer wurde heute der Streik der Kaffeehausangestellten durch eine Vereinbarung über die neuen Lohnsätze beendet. Die Differenz zwischen den Forderungen der Angestellten und den neuen Löhnen beträgt 18 Prozent. Die Betriebe werden morgen früh wieder eröffnet werden.

---

hat: Josef Boleslav Pecka, ein Mann, der 1849 geboren, damals kaum 23 Jahre alt war, aus einer Webersfamilie stammte, selbst erst Weber gewesen war und sich später als Metallarbeiter sein Brot verdiente. Er hatte sich unter den schwierigsten Verhältnissen und in staunenswert jungen Jahren ein Wissen angeeignet, das ihn zum Agitator befähigte und besaß auch jene formale Bildung, die ihn zum ersten Journalisten der jungen Bewegung befähigte. Er war ein fleißiger, ernster, ideal veranlagter Mensch, ein guter Redner, ein temperamentvoller Artikelschreiber, der schon damals deutsch und französisch verstand, sodaß er die deutsche und französische sozialistische Literatur lesen und deren Inhalt in Artikeln den tschechischen Arbeitern übermitteln konnte. Dabei war er, wie alle die ersten Agitatoren, sowohl der deutschen als auch der tschechischen Arbeiterschaft in Böhmen dichterisch veranlagt, er klärte die Arbeiter in Vers und Prosa auf. Er schrieb zuerst im alttschechischen „Delnik" und verlegte dann sein Tätigkeitsgebiet in die jungtschechischen „Delnicke Listy", weil er mit klarem politischen Blick den historischen Fortschritt vom konservativen Alttschechentum zum liberalen Jungtschechentum erkannte. Kaum war er bei den „Delnicke Listy" gelandet, geriet er schon in Gegensatz zum leitenden Redakteur des Blattes Josef Barak, dem in den siebziger Jahren von den Jungtschechen dieselbe Rolle zugedacht war, wie sie in den neunziger Jahren Klofac ausübte. Barak sollte die Arbeiter für die Jungtschechen gewinnen, die Arbeiterschaft einspannen für die nationalliberale Politik des mittleren und kleinen tschechischen Bürgertums und die Arbeiterschaft lehren, daß nur durch Lösung der staatsrechtlichen Frage — die Errichtung des tschechischen Staates — auch die Arbeiterfrage gelöst werden könne. Gegen diese „allnationale" Zoologie, wie wir heute sagen würden, trat nun mit dem geistigen Rüstzeug des deutschen Sozialismus Josef Boleslav Pecka auf. Pecka erwarte, daß die Arbeiter andere Interessen haben als die Kapitalisten, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich zusammentun müssen, um das drückende Joch, das auf ihnen lastet und ihnen den Weg zu Wohlstand und Kultur unmöglich macht, abzuwerfen. Gegen Baraks bewußten liberalen Nationalismus stellte er seinen naiven sozialistischen Internationalismus. Pecka gelang es, Barak durch seine größere Energie und durch die Leidenschaft, mit der er für seine Ideen kämpfte, aus der Redaktion zu verdrängen und das Blatt zu einem wirklichen Arbeiterblatt umzugestalten. Die neue Leitung des Blattes lehnte die weitere Mitarbeit der jungtschechischen Führer ab und erklärte sich am 3. Jänner 1873 für das sozialdemokratische Programm, an dessen Spitze die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes stand, worauf die anderen üblichen politischen und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft folgten. Seitdem trug das Blatt den Untertitel: „Organ der tschechoslawischen Arbeiterpartei". Diese Loslösung vom Jungtschechentum, der Weg von der bürgerlichen zur Arbeiterdemokratie, die Verselbständigung der Politik der Arbeiterklasse ist die ideelle Geburt der tschechischen klassenbewußten Arbeiterbewegung und deswegen feiert die tschechische Sozialdemokratie nunmehr, da fünfzig Jahre seit diesem Erwachen der vorgeschrittensten Männer der tschechischen Arbeiterschaft vergangen sind, ihr Jubiläum. Seit dem Jahre 1872 gibt es in Böhmen Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen.

(Schluß folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Lohnabbau bei den Bankbeamten.

Oberdirektoren und Prokuristen machen nicht mit.

In mächtigen Protest-Versammlungen haben die Bankangestellten Prags gegen die Herabsetzung des Anschaffungsbeitrages demonstriert; für die nächste Woche sind Kundgebungen in allen Städten der Republik angekündigt und doch haben die Bankverwaltungen rücksichtslos eine 25prozentige Herabsetzung eintreten lassen. Wie groß war aber das Erstaunen der Beamtenschaft, als in einigen Banken anläßlich der Auszahlung bekannt wurde, daß die Kürzung zwar gleichmäßig alle Beamten, vom jüngsten bis zum ältesten ohne Rücksicht auf Grundgehalt etc. treffe, die Herren Direktoren und Prokuristen ihre Bezüge jedoch in der bisherigen Höhe beibehalten! Es soll also wieder einmal nach dem bewährten, kapitalistischen Grundsatz verfahren werden, daß die schlecht- und schlechtest entlohnten die Zeche zu bezahlen haben, die Herren an der Krippe jedoch auch nicht den geringsten Bruchteil der Lasten auf sich nehmen werden. Die Steigerung der Mietzinse, die teuere Lebenshaltung, die ohne weiteres eine Beibehaltung der früheren Beiträge — trotz der sogenannten Billigkeitswelle — gerechtfertigt hätten, sie bildeten kein geeignetes Argument, um die Beamtenschaft vor dem Lohnabbau zu bewahren — die armen Direktoren und ihre Prokuristen haben aber unter den Verhältnissen weit mehr zu leiden, ihre Verwaltungsratsstellen, ihre unglaublichen Börsengewinne schließen selbstredend jede Reduzierung der Bezüge aus — wovon sollten die Herren denn leben — während die Verhältnisse — nämlich die Millionengewinne — der Bank den Lohnabbau bei den Angestellten zu einer unabweislichen Notwendigkeit machen. In diesem Vorgehen der Bankleitungen, die ohne mit den Organisationen zu verhandeln, ihren Beamten und Skontisten reduzierte Bekleidungszulagen „widmen", den Gelben aber ihre Bezüge belassen, wird die ganze Oeffentlichkeit eine Schmutzerei sondergleichen erblicken; die Bankangestellten aber werden hoffentlich erkennen, daß dieses neue Mittel einen Schritt nach vorwärts auf der Bahn der svaz československ. bank bedeutet, daß wiederum der Nicht-organisierte belohnt werden soll, daß wieder die niedrigsten menschlichen Instinkte, Haß, Neid und Habgier unter den Angestellten geweckt werden sollen, damit endlich und endgültig das Bankkapital triumphieren könne. — Dies werden die vernünftigen Beamten niemals zulassen, denn ihre gewerkschaftliche Organisation und nur diese kann sie vor diesem Untergang bewahren.

Die Kommunistische Jugendorganisation polizeilich aufgelöst! Die Prager Polizeidirektion hat den Vertretern der Reichszentrale der Kommunistischen Jugendorganisation in der Tschechoslowakei ein Schreiben übermittelt, in dem es heißt:

> Auf Grund des § 28, Absatz 2, des Gesetzes vom 15. November 1867, Nr. 144 des Reichsgesetzes, stelle ich die Tätigkeit des Vereines: Reichszentrale der Komm. Jugendorganisationen der Tschechoslowakei und sämtlicher seiner Zweigstellen ein, weil sie sich konstituierten, ohne den gesetzlichen Bedingungen nachgekommen zu sein.
>
> Für den Polizeipräsidenten:
> Slechta.

Die Führer der Jugendinternationale wurden verhaftet. Im Zentralsekretariat wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und sämtliches Redaktions- und Administrationsmaterial beschlagnahmt und weggeführt. Auch in Reichenberg fanden Hausdurchsuchungen in der Redaktion der „Kommunistischen Jugend" statt. Ein Kommunist wurde verhaftet. In Kremsier wurden gleichfalls bei Jugendlichen Hausdurchsuchungen vorgenommen. — Soweit der Tatbestand, der einen unerhörten Gewaltakt der Polizei und der hinter dieser stehenden Regierung bedeutet. In der Zeit des schwersten Abwehrkampfes der Arbeiterschaft erfrecht sich die Polizeidirektion, ohne gesetzliche Rückendeckung eine sozialistische Jugendorganisation aufzulösen, ohne dabei zu bedenken, daß ihr Vorgehen aufreizend wirken muß und daß sie so am besten den Kommunisten in die Hände arbeitet. Das Vorgehen der Polizeidirektion ist darum nicht nur brutal und ungerecht, sondern auch sehr dumm zu nennen. Denn die Herzen der Polizei glauben doch nicht vielleicht, daß eine politische Bewegung, auch wenn sie unvernünftig ist, durch diktatorische Auflösungsbefehle in richtige Bahnen gelenkt wird. Die Scharfmacher in der Polizeidirektion bekunden dadurch nur ihr geistiges Armutszeugnis und geben der Partei die Handhabe, aus ihrem politischen Märtyrertum Kapital zu schlagen. Im übrigen möge es sich die Regierung gesagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit es auf die Dauer nicht ertragen wird, sich durch ununterbrochene Provokationen reizen zu lassen. — Nachstehend bringen wir über die Auflösung der kommunistischen Jugendorganisation den offiziellen Bericht, der gestern abend verlautbart wurde:

> **Prag**, 29. September. (Einstellung der Tätigkeit der Reichszentrale der kommunistischen Jugendorganisationen in der Tschechoslowakei.) Die Sicherheitsämter haben festgestellt, daß die Reichszentrale der kommunistischen Organisationen der Tschechoslowakei in Prag, Myslikgasse Nr. 8, mit Rücksicht auf den herannahenden Einrückungstag der Rekruten zum Präsenzdienste an ihre Vertrauensmänner Flugblätter verteilt und dieselben zur „Maulwurfsarbeit" in der Armee aufgefordert. Die Flugblätter, welche scharfe Angriffe gegen die tschechoslowakische Armee enthalten, propagieren die Zerrüttung der Armee und fordern zu einem gewaltsamen Umsturz im kommunistischen Sinne auf. Sie wurden von der Prager Staatsanwaltschaft konfisziert. Die Tätigkeit der Reichszentrale der kommunistischen Jugendorganisationen, in deren Lokalitäten die erwähnten Flugblätter vervielfältigt wurden und alle ihr angegliederten Gruppen werden im Sinne des § 28 des Vereinsgesetzes durch die Sicherheitsbehörden eingestellt.

Chauvinismus oder Frechheit? Der Schalterbeamte des Postamtes Prag VII glaubt der Republik besondere Dienste zu erweisen, wenn er sich gegen Deutsche arrogant und flegelhaft benimmt. Denn dieser Herr, dem entweder der Chauvinismus und die Ueberhebung zum Kopfe gestiegen sein müssen, weist Erlagscheine zurück, auf denen der Betrag deutsch geschrieben ist. Beweise für dieses Vorgehen des Herrn Schalterbeamten können wir zur Verfügung stellen. Es wäre hoch an der Zeit, diesen getreuen Staatsdiener darüber zu belehren, daß er am Schalter nicht dazu da ist, den Kunden für das teuere Geld, das sie für die Dienste der Post zahlen müssen, noch Grobheiten an den Kopf zu werfen.

Der arbeiterfreundliche Dr. Verunač. Herr Dr. Verunač, Dozent für Sozialpolitik an der tschechischen Universität und Bureauchef im Industriellenverband, verläßt, wie die tschechischen Blätter melden, den Verband, da er angeblich mit der Politik nicht übereinstimmt, welche jetzt die richtunggebenden Kreise des Verbandes verfolgen. Die Absichten Dr. Verunač seien auf Stabilisierung und Normalisierung der Arbeiterlöhne gerichtet gewesen; er sei stets ein prinzipieller Gegner der gewaltsamen Lohnreduktionen gewesen, welche die Herabsetzung des bis jetzt halbwegs erträglichen Lebensniveaus des tschechischen Arbeiters zur Folge hätten und die von den deutschen Industriekreisen ausgenützt werden würde, denen sich ein geeigneter Vorwand zur Entlassung der tschechischen Arbeiterschaft böte, damit später deutsche Arbeiter mit weit besserem Lohn aufgenommen werden können. Wenn nun das „Pravo Lidu" in diesen Aeußerungen etwas Arbeiterfreundliches erblickt, obwohl es Herrn Dr. Verunač im allgemeinen als keinen Arbeiterfreund ansieht, so müssen wir über diese Kurzsichtigkeit des Blattes staunen. Denn daß Herr Dr. Verunač konstatiert, das Lebensniveau des tschechischen Arbeiters sei halbwegs erträglich, enthebt ihn nicht des Vorwurfes, warum er bis jetzt nirgendwo offen für eine ganze Erträglichkeit dieses Niveaus aufgetreten ist. Soviel uns bekannt ist, hat er als Exponent des Industriellenverbandes der gegenteiligen Anschauung gehuldigt. Und der Grund, der ihn bewogen haben soll, von seinem Posten im Verbande der Industriellen zu scheiden, erscheint angesichts der Unlogik, die in dem von ihm beschriebenen Verhalten der deutschen Industriellen den Arbeitern gegenüber zum Ausdruck kommt, sehr zweifelhaft. Herr Dr. Verunač, ein so guter Kenner der Industriellenpsyche, glaubt doch wohl kaum selber an den Unsinn, daß deutsche Industrielle tschechische Arbeiter drücken und ihre Entlassung provozieren, um deutsche Arbeiter „mit weit besserem Lohn" aufzunehmen. Ein Dozent, der über Sozialpolitik Vorlesungen hält, darf sich doch derartige Blamagen nicht erlauben. Aber was auch immer ihn veranlaßt haben mag, auf seine Stelle im Verband zu resignieren, — das eine steht fest, und darin stimmen wir auch mit dem „Pravo Lidu" überein, daß nämlich die Unternehmer beabsichtigen, ihren Angriff auf die Existenz der Arbeiter noch mehr zu steigern.

Die Schwarzen über uns! Nach einer Meldung des „Pravo Lidu" haben die tschechischen Fortschrittsparteien in Rovensko für heute nachmittags eine antiklerikale Volksversammlung einberufen. Die politische Bezirksverwaltung hat diese Versammlung in Anbetracht dessen verboten, daß die Klerikalen an ebendiesem Nachmittag ebendort ihre politische Versammlung veranstalten. Das Blatt schreibt dazu: „Das Verbot hat Empörung hervorgerufen und unsere Genossen haben den Abgeordneten Genossen Stivin telephonisch ersucht, gegen das Verbot beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden, was geschehen ist. Wir hoffen, daß dieses willkürliche Verbot widerrufen wird. Wenn irgendwo die Klerikalen eine Versammlung einberufen, so darf das doch kein Grund zum Verbot der Versammlungen anderer Parteien werden."

Eine Berichtigung kam uns gestern vom Kommando der 1. Truppen-Division zu. Die Berichtigung lautet: „Auf Ihre heutige Nachrich. in Ihrem werten Blatte erschienen „Von der demokratischen Armee", in welcher Sie die Notiz des „Rude Pravo" vom 27. d. M. zitieren, erlauben wir uns Folgendes mitzuteilen: Die Soldaten der zuendedienenden Jahrgänge sollten erst am 30. September dauernd beurlaubt werden. Das Ministerium für Nationalverteidigung ordnete an, in Falle, daß es der Dienst erlaubt, die Soldaten schon am 20. September zu entlassen, wenn sie nicht aus anderen Gründen nachzudienen haben. Dem Befehle wurde überall Folge geleistet und auch beim Prager Inft.-Regt. Nr. 5. Bei diesem Regimente, wie auch bei anderen, wurden nur jene Soldaten zurückgehalten, die während ihrer Dienstzeit einen längeren, z. B. landwirtschaftlichen Urlaub, hatten, oder die sich einer Uebertretung, wie Desertion u. a. schuldig machten. Es ist nicht wahr, daß hier 100 Soldaten um volle zehn Tage nachdienen mußten, die im Jahre 1920, ohne Ihre Schuld, um einen Tag später präsentiert wurden, sondern auch diese — es waren Ihrer 130, wurden auch schon am 20. Septmber entlassen. — Wir hoffen, daß Sie im Interesse der richtigen Information Ihrer Leser unserer Mitteilung in Ihrem werten Blatte einen Platz einräumen." — Eben im Interesse der richtigen Information unserer Leser geben wir bereitwillig diese Berichtigung wieder. Umso schmerzlicher ist es aber für uns, daß es bisher das zuständige Kommando unterlassen hat, im Interesse einer richtigen Information des Publikums die gleichfalls von uns übernommene Meldung über die Zustände bei den Sedltschaner Manövern, wo die Mannschaft hungern mußte, zu berichtigen. Wir hoffen, daß wir im Interesse einer richtigen Information unserer Leser auch über diese Sache bald Näheres erfahren werden.

Gegen die Einreise von Habsburgern nach Oesterreich. In der letzten Sitzung des Nationalrates haben die sozialdemokratischen Abgeordneten eine Anfrage an die Regierung gerichtet, worin es heißt, daß einige Mitglieder des Hauses Habsburg, welche die polnische Staatsangehörigkeit erhalten haben, sich mit der Absicht tragen, sich einige Wochen in Wien aufzuhalten. Es soll ihnen bereits die Einreise- und Aufenthaltsbewilligung erteilt worden sein. Mögen auch die in Betracht kommenden Personen die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, und sogar zum Teil als Offiziere in der polnischen Armee tätig sein, so sind sie doch vom Standpunkt des österreichischen Verfassungsrechtes als Angehörige des Hauses Habsburg-Lothringen zu betrachten, die durch ein Gesetz des Landes verwiesen sind. Es ist klar, daß kein Minister, auch kein Vizekanzler die Befugnis besitzen kann, neben oder gegen ein Verfassungsgesetz eine andere Praxis zu setzen. Da das Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger Verfassungsgesetz ist, bedeutet die Erteilung einer Erlaubnis, die dem ausdrücklichen Wortlaut dieses Gesetzes zuwiderläuft, einen groben Bruch des Gelöbnisses, welches die Minister auf die Verfassung abgelegt haben, und die Interpellanten fragen, ob es richtig ist, daß diese Mitglieder des Hauses Habsburg, welche nicht das Bekenntnis der Treue zur Republik Oestereich abgelegt haben, die Einreise- und Aufenthaltsbewilligung nach Wien bekommen haben.

Der neue Besitzer der Northcliff-Blätter. Durch den Uebergang der früher im Besitze von Lord Northcliffe befindlichen Aktien der „Daily Mail", „Evening News", „Weekly Dispatch" und der überseeischen „Daily Mail" an seinen Bruder Lord Rochermore ist dieser der Hauptbesitzer der genannten Blätter geworden.

Einführung des Dezimalsystems in Rußland. Im Allrussischen Volkswirtschaftsrat fand Ende August eine Sitzung statt über die Frage der Einführung des Dezimalsystems für Gewichte in Rußland. Die Durchführung dieser Reform soll innerhalb von fünf Jahren stattfinden.

Die Forderungen der Wiener Tschechen.

Eine Intervention beim Bürgermeister.

Wien, 29. September. Die Vertreter der tschechoslowakischen Minderheiten Abg. Machat, Klimes und Bucher, weiters die Mitglieder des tschechoslowakischen Nationalausschusses Doktor Vahala, Doktor Karlicky, Direktor Beran und Sekretär Strnad haben dem tschechoslow. Gesandten in Wien, Dr. Krofta ein Denkschrift in Angelegenheit der tschechischen Schulen in Wien überreicht. Weiters intervenierten sie beim Landeshauptmann und Bürgermeister der Stadt Wien. Auf die Ausführungen der Deputation erwiderte Bürgermeister Neuman, daß die letzte Protestversammlung der tschechoslowakischen Minderheiten im Rathause ihn unangenehm berührt hat. Er bedauere aufrichtig, daß die tschechoslowakischen Sozialdemokraten an einer, seiner Ansicht nach nationalen Aktion teilnahmen. Er selbst sei gegen die tschechische Minorität nicht voreingenommen und glaube, daß der Stadtschulrat bemüht sei, im Rahmen des Möglichen den berechtigten Forderungen der Minderheit zu entsprechen. In Besprechung der einzelnen Punkte der überreichten Resolution gab er zu verstehen, daß in Hinkunft kein Mangel an Lehrern sein werde. Wien habe genug Lehramtskandidaten und auch die Mängel betreffend die sprachliche Qualifikation werden durch die Einführung von Prüfungen immer geringer werden. Er wünsche, daß Schulangelegenheiten bei den kompetenten Schulbehörden geregelt werden, damit man zu einem ruhigen Zusammenleben gelange. Daß der Minderheit Unrecht geschehe, könne er nicht glauben, und meine vielmehr, daß die Mehrheit allzu nachsichtig ist. Mit dem Vorschlage auf Einführung des Deutschunterrichts an den tschechischen Schulen sei die Inspektorenkonferenz beschäftigt. Die Verhandlungen darüber sind bisher nicht abgeschlossen. Die Abgeordneten Machat und Klimes besprachen die einzelnen Punkte der Resolution und betonten, daß auch die Minderheit ein ruhiges Zusammenleben wünsche und daß man nicht verlangen könne, sie solle auch direkt auf Erziehung der Kinder in der Muttersprache und die Ausstattung der Schulen mit allen Behelfen verzichten. Die Forderungen der Minderheit seien bescheiden und sicherlich berechtigt. Die Deputation begab sich sodann zum Vizekanzler Dr. Frank, dem sie ebenfalls die Resolution überreichte. Dr Frank erklärte auf die Ansprache Machats, er werde die Angelegenheit studieren und dem Bundeskanzler nach seiner Rückkehr darüber berichten. Dr. Vahala machte darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, die Rechte der Minderheit, in der Verfassung festzulegen und die Verhältnisse der Minderheiten gesetzlich zu regeln. Beim Unterrichtsministerium wird nächsten Donnerstag interveniert werden.

Von der Deutschen Sektion des Landesschulrates. Die Deutsche Sektion des Landesschulrates hat in ihrer am 26. September 1922 unter dem Vorsitze des Herrn Vizepräsidenten Dr. Rudolf Pollzer abgehaltenen Sitzung unter anderen folgende Beschlüsse gefaßt, bezw. Entscheidungen und Verfügungen genehmigt: Errichtet wurden: Eine Knaben-Bürgerschule mit Mädchenkoedukation in Bleistadt (Schb. Falkenau), eine Winterexpositur in Paardorf (Schb. Bischofteinitz), eine prov. Parallele in Lampersdorf (Schb. Trautenau), eine Hilfsklasse in Türmitz (Schb. Aussig). Bewilligt wurden: 1. Die Umwandlung einer prov. Parallele in eine defin. Klasse an der Mädchen-Volksschule in Krammeln (Schb. Aussig), 2. die Neuorganisierung der Volksschule in Abertham als fünfklassige Volksschule mit zwei definitiven und zwei provisorischen Parallelen (Schb. Neudek), die Trennung der Knaben-Volksschule von der Knaben-Bürgerschule und der Mädchen-Volksschule von der Mädchen-Bürgerschule hinsichtlich der Leitung in Neudek (Schb. Neudek), 3. die Weiterbelassung je einer prov. Parallele an der 1. Mädchen-Bürgerschule in Aussig (2) (Schb. Aussig), an der Knaben-Volksschule in Schmiedeberg (Schb. Preßnitz), an der Mädchen-Volksschule in Kopitz (Schb. Brüx), an der Volksschule in Bürgstein (Schb. Böhm.-Leipa), an der Volksschule in Winterberg (Schb. Prachatitz), an der 1. Knaben-Volksschule in Böhm.-Kamnitz (Schb. Tetschen). Systemisiert wurde: In eine Religionslehrerstelle an den Mädchen-Volksschulen in Brüx-Stadt und Brüx-Sankt Wenzel.

1. Schachkongreß in Teplitz-Schönau 1922. Der Kongreß hat nachstehendes Programm: Samstag, den 30. Sepetember, 8 Uhr abends: Begrüßungsabend der Meister und Gäste. Sonntag, den 1. Oktober, 9 Uhr vormittags: Ordentliche Mitgliederversammlung de Deutschen Schachverbandes in der Tschechoslowakei im Kaiserbad. Auslosung zu den Haupt- und Nebenturnieren. Nachmittags: Gemeinsamer Ausflug. Abends: Auslosung zum Meisterturnier im Klubheim Café Zentral, Langegosse. Gemütliches Beisammensein. Montag, den 2. Oktober, 9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr nachmittags: Beginn sämtlicher Turniere, und zwar: a) Meisterturnier in den Räumen des Kaiserbades, b) Hauptturnier (Lokal wird rechtzeitig bekanntgegeben), c) Nebenturnier, d) Damenturnier im Klubheim, Café Zentral, Langegasse. Abends, 8 Uhr: Verkündung des Resultates des internationalen Problemturniers, verbunden mit einem Preislösungsturnier im Klubheim Café Zentral, Langegasse. Dienstag, den 3. Oktober, 9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr nachmittags: Fortsetzung aller Turniere. Abends 8 Uhr: Theatervorstellung der Deutschen Volksbühne im Lindenhofsaal zu Ehren der Gäste. Mittwoch, den 4. Oktober, 9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr nachmittags: Fortsetzung der Turniere. Abends 8 Uhr: Schluß der Haupt- und Nebenturniere nebst Preisverteilung. Abschiedsabend im Klubheim Café Zentral, verbunden mit einem Blitzturnier. Der Siegeer erhält ein Geschenk. Donnerstag, den 5. Oktober und die folgenden Tage bis 15. Oktober: Fortsetzung des internationalen Meisterturniers. Nachstehende Meister haben ihre Teilnahme fest zugesagt: Bogoljubov (Rußland), Grünfeld (Wien), Johner (Schweiz), Kostich (Serbien), Maroczy (Ungarn), Mieses (Leipzig), Réti (Preßburg), Rubinstein (Rußland), Spielmann (München), Dr. Tarrasch (München), Dr. Tartakover (Ukraine), Teichmann (Berlin), Dr. Treybol (Tschechoslowakei), Wolf (Wien). Turnierleiter: Viktor Tietz, Bezirksobmann in Karlsbad.

Deutscher Prager Frauenerwerbverein. Kurse an der Familienschule ab 9. Oktober: a) nachmittags: 1. Handnähen, Stopfen, Flicken (Dauer sechs Wochen); 2. Maschinennähen, Schnittzeichnen (Dauer zehn Wochen); 3. Kleidernähen, Schnittzeichnen (Dauer zehn Wochen); 4. Weiß-Sticken (Vormittags- und Nachmittags-Kurs, Dauer zehn Wochen). b) abends (ab 6 Uhr): 1. Wäschenähen (Dauer sechs Wochen); 2. Kleidernähen (Dauer sechs Wochen). Näheres und Einschreibungen täglich von 9—4 Uhr in der Kanzlei, I., Bartolomäusgasse 8.

Die Antialkohol-Ausstellung im kleinen Urania-Saale, veranstaltet von der Zentralstelle der deutschen Enthaltsamkeitsvereine in der Tschechoslowakischen Republik gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für sittliche Erziehung in Prag und dem Ausschusse für alkoholische Jugenderziehung der deutschen Bezirkskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge, wird am 15. Oktober eröffnet werden. Der Beginn des Lehrkurses über den Alkoholismus und seine Bekämpfung wird später bekanntgegeben.

Errichtung von Kühlanlagen in Tetschen a. E. Wie die „Pr. Pr." meldet, wird die Prager Firma Grünhut u. Fanta in Vertretung von Wilson u. Co. in Chicago in Tetschen a. E. eine große Kühlanlage, verbunden mit einem Lager von Gefrierfleisch errichten. Die Firma hat bereits zu diesem Zwecke ein Grundstück im Ausmaße von viereinhalb Hektar angekauft und die Vorbereitungsarbeiten, Ankauf von Maschinen usw. begonnen. Die Kühlanlage soll bereits im Frühjahr 1923 fertiggestellt und in Betrieb gesetzt werden.

Mord und Selbstmord. Die Hausgehilfin Marie Vaněk, welche Donnerstag in ihrer Wohnung in Prag in der Wassergasse schwer verletzt aufgefunden wurde, und deren Geliebter bereits tot war, ist in der Nacht auf gestern im Allgemeinen Krankenhaus gestorben. — Die Aufwaschfrau Karoline Hlavnička fand am Prager Masarykbahnhofe gestern um 2 Uhr nachmittags im Personenzuge von Prerau auf dem Abort in einem Waggon 3. Klasse ein Paket, in dem die Leiche eines neugeborenen Kindes, welches erdrosselt war, sich befand. Außerdem wies die Leiche Brandwunden auf, als ob das Kind in einen Ofen gesteckt worden wäre. Der Polizeiarzt stellte fest, daß der Tod erst einige Stunden vorher eingetreten war. — In den Weinbergen im Hause Nr. 111 stürzte sich gestern mittags in selbstmörderischer Absicht der 51jährige Bäcker Franz Kučera vom zweiten Stockwerke herab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bei der Ueberführung ins Weinberger Krankenhaus starb.

Kleine Chronik.

Die Explosionskatastrophe bei Spezia.

Spezia, 28. September. (Ag. Stef.) Bei der Explosion im Festungswerke von Falconara wurde dieses vollständig zerstört. In der Umgegend wurde großer Schaden angerichtet, namentlich in Parterenzo, wo die Dächer von zwei Dritteln der Häuser abgedeckt wurden. Mehrere Häuser stürzten ein. Alle wurden beschädigt. Bis jetzt zählt man hundert Tote und 400 Verwundete. Eine Hilfsaktion wurde sofort organisiert. Die Verwundeten wurden in die Spitäler von Spezia und Sarzana gebracht.

Rom, 29. September. (Havas.) Einer Meldung des „Il Mondo" zufolge ist die Explosion in der Festung Falconara durch einen durch einen Kurzschluß innerhalb der Festung hervorgerufen worden. Die Zahl der Toten soll sich auf 114, die der Verletzten auf über 600 Personen beziffern.

Schweres Automobilunglück bei Trient.

Ein mit Ausflüglern besetzter Autobus, der auf einer Spazierfahrt nach einem nahe Trient gelegenen Ausflugsort begriffen war, stürzte auf eine Brücke ab. Sieben Personen waren auf der Stelle tot. Von den übrigen 26 Fahrgästen, die sämtlich schwer verletzt wurden, starben vier auf dem Wege ins Spital.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die tschechische Krone und der Warenexport.

Durch die Stabilisierung der österreichischen Krone, die in der letzten Zeit eingetreten ist und durch das Abbröckeln des Kurses der tschechischen Krone ist — wie wir einer Wiener Zuschrift des „Berliner Tageblattes" entnehmen — die böhmische Braunkohle in Oesterreich neuerdings konkurrenzfähig geworden. Verschiedene deutschösterreichische Industriegesellschaften bestellen bereits wieder böhmische Kohle, soweit sie über Devisen verfügen. Auch tschechoslowakisches Eisen dürfte auf den österreichischen Märkten bald wieder erscheinen, ebenfalls dadurch, daß sich das Verhältnis zwischen österreichischer und tschechoslowakischer Krone zugunsten der ersteren geändert hat und weil das Prager Eisenkartell von seinen Preisen doch eine Kleinigkeit nachgelassen hat. Hoffen wir, daß Herr Doktor Raschin die Tatsache, daß sich in den letzten Tagen der Export nach Oesterreich einigermaßen wieder belebt hat, nicht dazu benützt, um die tschechische Krone um einige Punkte hinaufzutreiben und den Export wieder zu drosseln.

Morgan — Oesterreichs Geldgeber.

Die Telegraphen-Compagnie meldet aus New York, daß es auf Grund der bisherigen Verhandlungen als sicher gilt, **daß das Bankhaus Morgan u. Co. die Führung eines Konsortiums übernimmt, das die internationale Anleihe für Oesterreich auflegen wird. „United Telegraph" erfährt weiter, daß die Anleihe in der Höhe von 350 Millionen Franks schon in der allernächsten Zeit flüssig gemacht werden soll.**

Gründung eines Bauhüttenbetriebsverbandes in Berlin. Unter Beteiligung von 27 gewerkschaftlichen Organisationen ist am 16. September in Berlin ein „Bauhüttenbetriebsverband Berlin-Brandenburg" G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 3,15 Mill. gegründet worden. Als Geschäftsführer ist der frühere preußische Finanzminister Ingenieur Lüdemann und der Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes Otto Lehmann bestellt worden. Die Gesellschaft hat den Zweck, die in Berlin und der Provinz Brandenburg bestehenden gemeinnützigen Bauunternehmungen zusammenzufassen, weitere soziale Baubetriebe zu gründen und zu finanzieren sowie ihre Versorgung mit Baustoffen zu betreiben. Das Arbeitsziel der gemeinwirtschaftlich tätigen Baubetriebe ist bekanntlich darauf eingestellt, die Bauauftraggeber, im besonderen die öffentlichen Körperschaften, treuhänderisch zu bedienen und den vielfach in Erscheinung tretenden Preisvereinbarungen (Ringbildungen) der privaten Unternehmer durch Einschaltung frei konkurrierender sozialer Baubetriebe entgegenzutreten. Die Wirkung ist, wie an vielen Beispielen festgestellt werden konnte, eine allgemeine Preissenkung im Baugewerbe, die allen Auftraggebern, vornehmlich aber den städtischen und staatlichen Verwaltungen und damit der Allgemeinheit zugute kommt. Die sozialen Baubetriebe sind außerdem bestrebt, durch Gewährung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer die Arbeitsfreudigkeit ihrer Arbeiter und Angestellten zu heben und dadurch ganz allgemein die Produktivität unserer Wirtschaft zu fördern. Im Deutschen Reich bestehen bereits mehr als 250 soziale Baubetriebe, die in 19 Bauhüttenbetriebsverbänden zusammengefaßt sind und an deren Spitze der Verband sozialer Baubetriebe in Berlin steht.

Eine deutsche Diamantenschleifindustrie. Holländischen und belgischen Zeitungen entnimmt die „Deutsche Optische Wochenschrift" die Nachricht, daß die Schaffung einer deutschen Diamantenschleifindustrie bevorstehe. Wie in Antwerpen verlautet, und wie aus Amsterdam ergänzend bestätigt wird, planen holländische Fabrikanten die Errichtung einer für 500 Schleifer Arbeit bietenden Diamantschleiferei auf deutschem Gebiet, nahe der holländischen und belgischen Grenze. Außer Amsterdamer Diamanteninduſtriellen soll auch Industriekapital aus Antwerpen an dem Projekt beteiligt sein.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 0·16.50
Berlin	Mark 50.10
Wien	österr. Kr. 2290.—

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1240.—	1244.—
100 Mark	2—.—	2·20.—
100 schweiz. Frank	596.50	599.50
100 Lire	134.75	136.25
100 franz. Franks	241.75	243.25
1 Pfund Sterling	140.—	141.50
1 Dollar	31.80	32.20
100 belg. Franks	227.25	229.25
100 Dinar	43·62.50	44·12.50
100 österr. Kronen	0·04.37	0·05.37
100 poln. Mark	0·34.50	0·44.50
100 magyar. Kronen	1·26.—	1·36.—

Züricher Schlußkurse (Devisen).

Berlin	0·33.50	Paris	40.65.—
Wien	0·00.75	Mailand	22.65.—
Prag	16.50	Budapest	0·21.—
Holland	208.20	Agram	1·80.—
New York	5·36.50	Warschau	0·05.—
London	23.55	Wien gest.	0·00.87

Kunst und Wissen.

„Der Tanz ins Glück", Operette von Robert Stolz. (Neues Deutsches Theater, 27. September 1922.) Robert Stolz ist einer engeren Wiener Nachtlokal-Gemeinde als gewandter Kabarett-Komponiteur bekannt; zahlreiche seiner Chansons und Sketch-Musiken haben den Weg auch über die Brettelbühnen anderer Großstädte gemacht. Aber Herrn Stolz ließen die Operettenerfolge seiner berühmten Wiener Fachkollegen nicht schlafen. Also leitete er aus seinen Kabarett-Triumphen das Recht ab, auch unter die Operettenfabrikanten gehen zu dürfen. Und es entstand „Der Tanz ins Glück" als Schmerzenskind größeren Ruhmanspruches. Es sei aber anerkennend festgestellt, daß es Herrn Stolz gelungen ist, ähnliche Lorbeeren mit seiner Operette zu ernten, wie sie die übrigen modernen Operettenfabrikanten zu pflücken gewöhnt sind. Freilich gehört dazu nicht viel. Robert Stolz hat vor manchem von ihnen sogar eines voraus: Ein halbwegs gutes Libretto, das eine ähnliche Verwechslungsgeschichte zum Gegenstande hat wie Zemlinskys komische Oper „Kleider machen Leute". Dem Schneider in der Oper entspricht in der Operette der Friseur. Stolzs Musik balanziert nach dem bewährten Wiener Operettenrezepte zwischen Sentimentalität und zirkusmäßiger Mache; das Fehlen geschlossener Ensembles beweist, daß die Operette nicht mehr sein will als vergängliche Luxusware für das leicht zufrieden zu stellende Publikum der neuen Reichen. Die Aufführung unter Kapellmeister Schrolls Leitung war flott und schmissig, wie es eine derartige Operette braucht. Die Darsteller betonten teilweise mehr als notwendig den Zirkuscharakter des Stückes, das natürlich gerade in seinen minderwertigsten Nummern vom Publikum mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. —ek.

Arbeitervorstellung des „Vereines deutscher Arbeiter" in Prag: „Lohengrin". Neues Theater, Sonntag, den 8. Oktober. Kartenvorverkauf bei Genossen Deutsch, Kleiner Basar, Graben 25.

Neues Theater. Heute, den 30.: nachmittags „Urania"-Vorstellung „Der fliegende Holländer", abends Premiere „Kiki" (mit Käthe Dorsch); Sonntag, den 1. Oktober: nachmittags „Die Frau im Hermelin", abends „Die Bajadere"; Montag, den 2. Oktober: Gastspiel Baklanoff-Schubert: „Othello".

Kleine Bühne. Heute, den 30. und Sonntag, den 1. Oktober „Haben Sie nichts zu verzollen?"; Sonntag nachmittags: „Candida".

Aus der Arbeiterbewegung.

Kongreß der kommunistischen Internationale. Die kommunistische Presse veröffentlicht die Tagesordnung des vierten Kongresses, der kommunistischen Internationale. Sie lautet: 1. Berichte der Exekutive und weitere Taktik, 2. Fünf Jahre russischer Revolution und die Aussichten der Weltrevolution, 3. die Offensive des Kapitalismus, 4. der Kampf gegen den Versailler Frieden und die Aufgaben der kommunistischen Parteien, 5. die gewerkschaftlichen Fragen, 6. die Agrarfrage, 7. die Frage des Ostens und die Kolonialfrage, 8. Erziehungsarbeit, 9. die Lage der französischen Partei nach dem Pariser Kongresse, 10. Programm der kommunistischen Internationale, 11. die kommunistische Internationale der Jugend, 12. Bericht der genossenschaftlichen Sektion, 13. Bericht des Frauensekretariats, 14. die Organisation des Informationsdienstes der K. J., 15. der Sitz der Exekutive und die Wahl des Präsidiums, 16. die Organisation der Arbeiten der Exekutive. — Daraus ersieht man, daß auf dem Kongreß sicherlich sehr viel geredet werden wird.

Aus der Partei.

Die Teplitzer Arbeiter zur proletarischen Einigung.

Teplitz, 29. September (Eigenbericht). Gestern fand in Weißkirchlitz eine Bezirks-Parteimitgliederversammlung statt, in der nach einem Bericht des Gen. Kremser über den Einigungsparteitag in Nürnberg folgende von Genossen Dr. Heller beantragte Entschließung angenommen wurde:

„Die am 28. September 1922 in Weißkirchlitz tagende Versammlung der Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Bezirkes Teplitz nimmt mit freudiger Genugtuung die erfolgte Einigung der sozialdemokratischen Partei in Deutschland zur Kenntnis. Sie spricht gleichzeitig ihre Ueberzeugung dahin aus, daß diesem Zusammenschluß die Wiederaufrichtung der Internationale des sozialistischen Weltproletariates baldigst folgen muß, da nur das geeinte Proletariat imstande ist, den Ansturm des wiedererstarkenden Kapitalismus mit Erfolg abzuwehren und den Klassenkampf bis zur Erreichung des Endzieles — des Sozialismus — erfolgreich zu führen. Sie spricht gleichzeitig ihr Bedauern darüber aus, daß die der kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien sich selbst insolange außerhalb der sozialistischen Internationale stellen, insolange sie durch ihren Kampf gegen die sozialdemokratischen Parteien der Reaktion dienen, solange sie die Einigung der Arbeiterschaft durch ihre zerstörende Spaltungsarbeit in den politischen Parteien, in den Gewerkschaften und den sonstigen proletarischen Organisationen verhindern, solange sie mit Lügen und Verleumdungen gegen die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Arbeiterschaft kämpfen und solange sie ihre Politik nicht nach den Interessen des gesamten Proletariates, sondern nach jenen der herrschender Parteien eines einzelnen Landes richten. Sie fordert daher den Parteivorstand auf, für eine baldige Vereinigung der der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien angeschlossenen Parteien mit den außerhalb der Arbeitsgemeinschaft befindlichen Parteien, insoferne sie auf dem Boden des sozialdemokratischen Programmes stehen, zu wirken.

Vorträge des Genossen Dr. Paul Lewi. Genosse Dr. Paul Lewi (Berlin) wird am 9. Oktober in Aussig, am 10. Oktober in Bodenbach, am 11. Oktober in Teplitz-Schönau und am 12. Oktober in Reichenberg über das Thema „Der Weg zum Sozialismus" sprechen. Die Arbeiter dieser Orte werden den Vorträgen sicherlich mit großem Interesse entgegensehen und in Massen in den angekündigten Versammlungen erscheinen. Ist doch Genosse Lewi der intime Freund Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gewesen, einer der geistigen Führer der deutschen kommunistischen Partei, solange sie nicht in völlige geistige und materielle Abhängigkeit von Moskau geriet. In Erinnerung ist noch sein mutiges Auftreten nach dem Märzputsch, der ihn mit seinen ehemaligen Parteifreunden entzweite und zur Bildung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft führte. Später schloß sich Lewi der U. S. P. D. an, mit der die kommunistische Arbeitsgemeinschaft verschmolzen wurde und ist jetzt in der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands tätig. Wir begrüßen den Genossen Lewi, der in den nächsten Tagen in die Tschechoslowakei kommen wird, aufs herzlichste.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kees Doorik. (27)

Ein flämischer Sittenroman von Georges Eekhoud.

Kees blieb einige Minuten über der verbluteten Masse hingestreckt, — dieser Masse, die ein der lustige Jürgen Faas gewesen war. Dann schüttelte er sich, wie nach einer ermüdenden Arbeit. Da sein Kittel ebenso von Blut durchtränkt war wie der des Leichnams, zog er ihn aus und warf ihn über das bleiche Gesicht, dessen Augen ihn in der Dunkelheit noch hätten anstarren können.

Die elende Hülle ließ er da liegen; es überkam ihn ein Schrecken, und er lief in einem Zuge, und ohne sich umzudrehen, bis zum Weißhofe hin.

Der Spitz knurrte.

„Sei ruhig, Spitz, ich bins!" sagte Kees mit leiser Stimme. Der Hund kehrte in sein Häuschen zurück. Kees zog einen Eimer Wasser aus dem Brunnen und wusch sich flüchtig das Gesicht und die Hände. Zwischen seinen klappernden Zähnen trällerte er vor sich hin:

„Wir kommen aus der Mördergrube, hu hu! Hört ihr, wie das Tierchen schreit!"

Die Scheuertür stand offen. „Ein schöner Knecht!" murmelte er, indem er an den Ermordeten dachte. Er ließ sich wie leblos auf das duftende Heu fallen und schlief bald wie ein Murmeltier.

Der Hahn krähte bereits, und hinter der Mühle Zander Vlogels, nach Eeckeren zu, zeigte sich unten am Horizont ein langer rosafarbener Streifen wie mit Silberfahn durchwirkt, und man konnte erwarten, daß bald die rote Scheibe der Sonne erschiene.

IV.

Die Meisterin Annemie, ganz ermüdet von der anstrengenden Polka vom vorhergehenden Abend, hatte wie ein Klotz geschlafen und stand erst auf, als es schon heller Tag war. Als sie durch den Hof, die Scheune und den Stall ging, war sie verwundert, daß sie Jürgen Faas nicht bemerkte.

„Ho, he! träger Rik!" rief sie mehrmals. Sie stieg die Leiter hinauf, die zum Hängeboden führte, wo Jürgen schlafen sollte.

„Jürrie, Jürgen!" rief sie mitten auf der Leiter, während ein instinktiver Zweifel sie anhielt. Da sie noch keine Antwort erhielt, stieg sie weiter hinauf.

„Er hat zuviel getrunken!" dachte sie. „Nun je, heute wird mal wieder nichts aus der Arbeit."

Oben angelangt, hob sie die Falltüre auf, streckte den Kopf hinein und rief nochmals.

Das leere Bett war nicht einmal aufgedeckt. Die Kleider des Gänsereiters lagen ringsumher.

„Wo mag der wohl geschlafen haben?" fragte sich die Frau gekränkt und unruhig. „Am Rande eines Grabens oder unter einem Tische in der „Krähe'?"

Sie stieg wieder hinunter, und als sie sich umdrehte, war es ihr, als erhielte sie einen heftigen Schlag auf die Brust.

Vor ihr stand Kees Doorik in Hemdärmeln, mit zerrissener Hose, geronnenem Blut in den Haaren und von blutigen Schrammen durchzogenem Gesicht. Mit gekreuzten Armen stand er da und blickte sie an. Es war für ihn ein Genuß, sie so bestürzt zu sehen.

„Sie werden den aus der Polder nicht mehr wiedersehen," war das einzige, was er zu ihr sagte.

Sie hielt die Hand ans Herz und verhüllte sich das Gesicht mit ihrer blauen Schürze. Sie war der Ohnmacht nahe bei dem Gedanken an die schreckliche Tat, die sie jetzt ahnte, aber sie wagte es nicht, ein Wort zu dem Mörder zu sagen.

Inzwischen erhob sich ein verworrener Lärm in der Ebene. In allen Ecken des Dorfes wurde es lebendig. Von Tür zu Tür flog die Nachricht und alle machten sich auf die Beine. Janneke, der nach Stabrock geschickt worden war, kam in einem Atem zurückgelaufen, um der Witwe Cramp das Geschehene zuerst erzählen zu können.

Sobald man seine Stimme nur vernehmen konnte, schrie er, schon fast außer Atem:

„Tante, Tante, man hat unsern Jürgen kaputt gemacht. Er lag bei der Silberbirke, auf dem Felde von Rob Maes."

Er lief ins Haus, nach Annemie suchend, während er noch immer fortfuhr zu plärren:

„Die Leute glauben, daß es Kees gewesen ist . . . Der Vagabund hat heute nacht nicht beim Bürgermeister geschlafen. Er ist um drei Uhr mit unserm Jürrie aus der „Krähe" fortgegangen . . . Rik Dras hat sie gerufen, und er ist ihnen nachgegangen, aber sie waren nicht zu finden . . ."

Er lief in den Stall hinein, aber als er Kees erblickte, blieb er plötzlich stehen, teils vor Schrecken teils vor Freude, da er seinen Augen fast nicht traute.

„Nun ja, was willst du, Ungeziefer? Ja, ich bins, Kees Doorik . . ."

Janneke hatte sich schnell wieder gefaßt, er ging bis zum Kaarentor zurück, und indem er die Hände vor den Mund hielt, rief er:

„He ihr Männer, herbei! . . . Hier ist er . . . Haltet ihn fest, den Mörder! . . ."

Da die Männer nicht schnell genug herbeikamen, schwenkte er mit den Armen. Es waren vier Gänsereiter aus der Nachbarschaft, die herbeigelaufen kamen: Huib Coryn, Manus aus dem Hause des Bürgermeisters, Chiel Dhaenens und Hein Vlogel, der Sohn des Müllers. Auch diese hatten ihren Rausch kaum ausgeschlafen, und der tragische Lärm hatte sie beim Aufstehen überrascht.

Sie traten an Kees heran. Janneke, durch diese Verstärkung beruhigt, wagte es, ihnen zu folgen.

„Der wird sie nicht heiraten . . . Sie wird niemand mehr gehören!" murmelte Kees vor sich hin, während er nicht einmal daran dachte, zu entfliehen oder sich zu widersetzen.

Der Feldhüter Mile Pomp, der durch den Genever schon berauscht war, kam ebenfalls herbei, und hinter ihm der Bürgermeister, der dicke Flüp Sap, der trotz alledem noch immer heiter aussah. Die beiden diskutierten über die Frage, wohin sie den Verbrecher führen sollten, bis die Gendarmerie und der Gerichtshof ankämen. Der Feldhüter bemerkte, es sei leichter, im Gemeindehause das Protokoll aufzusetzen.

Aber, aber . . . wer hätte das von diesem Jungen gedacht!" seufzte Flüp, nach Atem schnappend. „Meine Tochter hat fast den Kopf verloren, als sie das hörte . . ."

Inzwischen war die Menge zur Scheune hereingekommen; die Kinder aus dem Dorfe stürmten in den Stall. Man drängte sich, um dieses Ungeheuer von Kees zu sehen, das ihnen ebensoviel Neugierde als Schrecken einflößte.

Der kleine Potztausend amüsierte sich noch besser als bei dem gestrigen Rennen. Es war ein kostbareres Blut als das einer Gans, das der braunen Hose des Knechtes jenes schrecklich rostfarbige Aussehen verlieh. Mit grinsendem Lachen sagte er zu Kees:

„Sag mal, Krauskopf, mein großer Freund da liegst du schön im Dreck! Jetzt gehts nach der Herberge der Regierung in der Beghinenstraße . . . Glückliche Reise, mein Junge!"

(Schluß folgt.)

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Prag. Sonntag, 1. Oktober: Ganztag: Libochtal—Wüstes Schloß—Felsenpartien—Nadelwald—schöne andauernde Fußpartie. Treffpunkt 6 Uhr, Masarykbahnhof, Abfahrt 6.25 Uhr. Fahrt bei zehn Teilnehmern. Ermäßigter Fahrpreis 12.50 K. Falls nicht genügend Teilnehmer, dann Prager Umgebung. Treffpunkt derselbe. Führer: Strnad.

Freier Gedanke. Heute, 8 Uhr abends, kleiner Urania-Saal, Vortrag des H. Prof. Dr. Krische (Berlin): „Vom Aufbaue proletarischer Ethik". Gäste willkommen!

Turnen und Sport.

Fußball. Heutige Wettspiele: Rudolfshügel Wien gegen SK. Lieben. Jugendmannschaften 1. FC. Nürnberg gegen AC. Sparta, Ruselsky SK. geg. Slavia, Cechie Karlin gegen CAFC. — Sonntag: 1. FC. Nürnberg gegen AC. Sparta, vorher Meisterschaftsspiel Union Zizkow gegen Meteor Weinberge, SK. Kladno gegen Meteor VIII, Viktoria Zizkow gegen SK. Krocehlavy, Sparta Kladno gegen Sparta Kosike. — Am Donnerstag schlug im Pokalspiel Ruselsky SK. Union Zizkow sicher 7—2 (2—1).

Der Neger Siki Boxerweltchampion. Die französische Boxerföderation hat die Entscheidung der Schiedsrichter im Wettkampfe Carpentier—Siki bestätigt. Der Neger Siki ist somit Sieger über Carpentier und Boxerweltchampion im Mittelschwergewicht.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der **Erste deutsche Amts- und Bürogehilfenverein** veranstaltet am 14. Oktober d. J. in allen Räumen des Handwerkervereines, Smetschkagasse 22, sein vielbeliebtes Weinlesefest, zu welchem das P. T. Publikum höflichst eingeladen wird. Im großen Saale spielt die altbekannte Bundeskapelle, in der Heurigenschenke das unermüdliche Dudelsackquartett aus Tuschkau. Anfang: 8 Uhr. Eintritt 15 Kč per Person inkl. Steuer.

Damen als Winzerinnen erwünscht.

1092 Der Vorstand.

Von **Wantochs Taschenfahrplan** erscheint die Winterausgabe 1922/23 Montag, den 2. Oktober l. J. Sie enthält alle mit diesem Tage, mit dem 8. und 15. Oktober l. J. eintretenden Aenderungen im Zugsverkehr, im Verkehr der elektrischen Kleinenbahnen und Autolinien. Der Fahrplan erscheint wieder in einer großen (Kč 8.—) und einer kleinen Ausgabe (Kč 4.—). Erstere enthält alle Linien und Stationen Böhmens, die wichtigsten Linien Mährens und Schlesiens sowie die Auslandsanschlüsse; letztere umfaßt das breite Randgebiet von Trautenau über Nordböhmen und Eger bis Budweis mit den Anschlüssen nach Innerböhmen. Der Fahrplan ist aufgrund amtlicher Daten sehr übersichtlich und auf das sorgfältigste bearbeitet und in allen Buchhandlungen, Zeitungs- und einschlägigen Geschäften erhältlich; bei Bezug vom Verlag Turn-Teplitz gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken. 1090

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

KUNDMACHUNG.

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat einen Aufruf an das kaufende Publikum veröffentlicht, in welchem sie die Konsumenten auffordert, nur dort zu kaufen, wo man billig kauft. Dieser Aufforderung entsprechend, hat die **Münchengrätzer Repräsentationsniederlage die Preise für ihre weltberühmten Qualitätsschuhe derart** herabgesetzt, daß **es jedem Konsumenten, auch dem minder begüterten, von nun ab möglich ist, seinen Schuhbedarf für billiges Geld** einzudecken. Wer aber Schuhe kaufen will, dem wird die nachfolgende Aufklärung von größtem Nutzen sein. In letzter Zeit kamen Schuhe auf den Markt, die durch ihren niedrigen Preis die Kauflust reizen sollten und es entstand auch tatsächlich der Glaube bei den breiten Massen, daß diese Schuhe billig wären. Dem ist aber nicht so.

Schon vor dem Kriege gab es Unternehmungen, in welchen Schuhe solch minderwertiger Qualität in Massen erzeugt wurden und diese wurden damals zu Preisen von 7—9 Kronen angeboten. Da sich aber **ein schlechter Ruf rasch verbreitet, griff das Publikum zur Selbsthilfe und bevorzugte wieder den Qualitätsschuh.**

Vergleichen wir nun den heutigen Kurs unserer Krone zum Friedenswert, so ergeben sich folgende Preise: Der minderwertige Massenschuh kostete 7 bis 9 Kronen pro Paar und müßte heute Kč 42·— bis 54·— kosten. Er kostet jedoch heute tatsächlich 85—99 Kronen, also **wesentlich mehr. Der Münchengrätzer Qualitätsschuh kostete damals höchstens 24·50 u. sollte heute Kč 150·— kosten. kostet aber tatsächlich nur 98·— bis 129·— Kč** für alle dauerhaften gangbaren Straßenschuhsorten. Welcher Schuh ist nun in der heutigen Zeit der billigere? **Entschieden der Münchengrätzer Qualitätsschuh, denn er hält 3mal so lange** als der **ausposaunte billige Massenschuh.** In Ziffern ausgedrückt heißt das: **3 Paar minderwärtige Schuhe kosten heute 255 bis 297 Kč; ein Paar Münchengrätzer Qualitätsschuhe** kostet heute **98·—** bis **129·—** Kč.

Darum kauft nur erstklassige Schuhe u. das sind in erster Reihe die Münchengrätzer, denn ihr kauft sehr billig u. qualitativ konkurrenzlos. 1094

Repräsentationsniederlage
der
Münchengrätzer Schuhfabrik
Prag, Ulice 28. října 6.

gegen **10 Kč** auf Raten liefern wir:
a) Gramophone, Platten etc
b) Violinen, Mandolinen, Guitarren, sowie auch alle anderen Musikinstrumente. —
c) Holz- u. Blech-Blasinstrumente. — d) Mund- u. Ziehharmonikas. — e) Photograph. Apparate und deren Zubehör.
GRAMMOPHONE
IMPORT COMPANY. Brüx
Freiheitsplatz 6.
Preislisten nach Angabe des gewünschten Instrumentes gratis. 472

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. **Roads Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Theresiengasse 18.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

BERSON
GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHLE
ist billiger und dauerhafter als Leder
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

Egger & Co.
Prag-Karlin, Královská tř. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeekaramellen,
Eggers 140er Peppermint 544
in allen Konsumvereinen erhältlich.

In das Haus des Arbeiters gehören **keine** bürgerlichen Familien-Kalender, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kaufe sich einen
Arbeiter-Taschenkalender
oder ein
Arbeiter-Jahrbuch 1923
Preis: Taschenkalender . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . 7 Kronen
Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1. 1054

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

In das Heim des klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan. der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat" —

Inserieren Sie im **Sozialdemokrat!!**

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE
beim Museum, neben dem Deutschen Theater
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
Telephon 4854. 478